

Zusammenarbeit mit Eltern in stationären Hilfen zur Erziehung – Ein Blick *abroad*

Internetrecherche und Expertise

Projekt „Jugendhilfe und sozialer Wandel“ (Hrsg.)

Wissenschaft für alle

Wissenschaft
für alle

Projekt „Jugendhilfe und sozialer Wandel“ (Hrsg.)

**Zusammenarbeit mit Eltern in stationären Hilfen
zur Erziehung – Ein Blick *abroad***

Internetrecherche und Expertise

Aufgabe des Projektes „Jugendhilfe und sozialer Wandel – Leistungen und Strukturen“ ist es, in regelmäßigen Zeitabständen bundesweite sowie praxisfeld- und trägerübergreifend empirische Erhebungen durchzuführen, Entwicklungen der Kinder- und Jugendhilfe werden auf dieser Grundlage beschrieben, analysiert und hinsichtlich ihrer fachlichen Bedeutung bewertet.

© 2010 Deutsches Jugendinstitut e.V.
Projekt Jugendhilfe und sozialer Wandel
Nockherstr. 2, 81541 München
Telefon +49 (0)89 62306-0
Fax + 49 (0)89 62306-162
E-Mail seckinger@dji.de

ISBN 978-3-86379-016-5

Inhaltsverzeichnis

A	<i>Mike Seckinger, Liane Pluto, Christian Peucker</i> Zusammenarbeit mit Eltern in stationären Hilfen zur Erziehung – eine nicht mehr ganz neue Herausforderung	7
B	<i>Bettina Schwarzer, Mike Seckinger, Liane Pluto, Christian Peucker</i> Zusammenarbeit mit Eltern in Irland, Schweden, Schottland und England – Ergebnisse einer Literatur- und Internetrecherche	10
1	Zusammenarbeit mit Eltern in Irland, Schweden, Schottland und England: Rechtliche Grundlagen	12
2	Länderperspektive	14
2.1	Irland	15
2.2	Schweden	17
2.3	Schottland	19
2.4	England	21
3	Resümee der Literatur- und Internetrecherche in mehreren europäischen Ländern	23
4	Literatur	24
C	<i>Irene Stevens</i> Conditions, standards and practice of working with parents whose children live in residential or foster care in Scotland	26
1	Introduction	26
2	The legal context	26
3	Residential child care and foster care in Scotland	35
4	Parents, partnership and substitute care in Scotland	38
5	Attitudes to parents	40
6	Examples of practice in maintaining contact	42
6.1	Supervised contact	42
6.2	Family group conferencing	43
6.3	Parenting orders	44
6.4	Life story work	44
6.5	Stepdown	44
6.6	Training and qualifications	45
7	Conclusion	45
8	References	46
9	Useful websites	48
D	<i>Mike Seckinger, Liane Pluto, Christian Peucker</i> Resümee und Anregungen für die deutsche Praxis	49
E	Autorinnen und Autoren	53

Mike Seckinger, Liane Pluto, Christian Peucker

A Zusammenarbeit mit Eltern in stationären Hilfen zur Erziehung – eine nicht mehr ganz neue Herausforderung

In den letzten Jahren hat sich die deutsche Fachdiskussion in den erzieherischen Hilfen verstärkt dem Thema der Zusammenarbeit mit den Eltern zugewendet. Dies ist Ausdruck unterschiedlicher Entwicklungen, drei davon, die einen engen Bezug zur Kinder- und Jugendhilfe haben¹, werden hier benannt:

(1) Ergebnisse der Bindungsforschung haben dazu geführt, dass sich die Fachdiskussion stärker mit der Bedeutung der Eltern auch für die Kinder auseinandersetzt, die zeitweise in einer stationären Einrichtung leben (z. B. Schleiffer 2009).

(2) Überlegungen zu möglichen Erfolgsfaktoren für eine nachhaltige Veränderung der Konstellationen, die ursächlich für die Entscheidung zu einer stationären Hilfe waren, führen unweigerlich zu dem Ergebnis, dass es nicht ausreichend sein kann, nur mit dem Kind zu arbeiten. Denn das Kind ist zumindest bei systemischer Betrachtung eher Indexpatient als Problemverursacher (z.B. Conen 1990). Ändert sich nicht auch die Familiendynamik insgesamt, so kann eine so intensive Intervention, wie die zeitweise Herausnahme eines Kindes, bei der Rückkehr des Kindes in die Familie sogar Problem verschärfend wirken. Eltern sind also schon aus der Verantwortung heraus, durch Hilfen nicht schaden zu wollen, einzubeziehen.

(3) Diese Perspektive kommt auch in den gesetzlichen Grundlagen zum Ausdruck. Mit der Einführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes 1990 wurden die Eltern zu den Adressaten der Hilfen zur Erziehung und damit auch der stationären Hilfen zur Erziehung. Die Aufgabe der erzieherischen Hilfen besteht darin, die Erziehungskompetenz der Eltern bzw. der Personensorgeberechtigten zu stärken und sie darin zu unterstützen, die Erziehung (wieder) weitgehend eigenständig zu übernehmen. In § 37 Abs. 1 SGB VIII wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass im Rahmen von (teil)stationären Hilfen die Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie durch Beratung und Unterstützung verbessert werden und die Beziehung des Kindes/Jugendlichen zur Familie gefördert werden sollen.

Die wachsende Aufmerksamkeit, die die Zusammenarbeit mit Eltern in den stationären Angeboten erhält, steht in einem gewissen Spannungsverhältnis zu den Traditionen dieses Handlungsfeldes. Der größte Teil der

¹ Es gibt gute Gründe anzunehmen, dass neben fachlichen auch gesellschaftliche und politische Veränderungen zur Aufwertung der Zusammenarbeit mit Eltern geführt haben. Zu nennen ist hier beispielsweise der Umbau unseres Wohlfahrtsstaats in einen Sozialinvestitionsstaats.

fachlichen Anstrengungen im Bereich der stationären Hilfen hat sich in den vergangenen zwei Jahrhunderten auf die Ausgestaltung der pädagogischen Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen gerichtet. Heime und andere Formen der Fremdunterbringung wurden und werden zum Teil immer noch als Konkurrenz zur Familie verstanden. Deshalb sind, um den Anspruch zu realisieren, intensiver und besser mit Eltern zusammenzuarbeiten, neue Ideen und die Bereitschaft zu weit reichenden Veränderungen gefragt.

Im Projekt „Jugendhilfe und sozialer Wandel – Leistungen und Strukturen“ am Deutschen Jugendinstitut, finanziell gefördert durch das BMFSFJ, wird derzeit eine qualitativ angelegte Untersuchung zur Zusammenarbeit mit Eltern in den stationären Hilfen durchgeführt. Besondere Aufmerksamkeit gilt den unvermeidbaren Ambivalenzen und Widersprüchen, die mit Zusammenarbeit mit Eltern in den stationären Hilfen verbunden sind, den Kommunikations- und Interaktionsstrukturen, die sich zwischen den Fachkräften und den Eltern entwickeln, sowie der Frage, worin Ursachen für häufig auftretende Konflikte zwischen den Beteiligten liegen. Die Ergebnisse zeigen, dass es in den Einrichtungen der erzieherischen Hilfen eine Reihe von Weiterentwicklungen gegeben hat und die Eltern mehr in die pädagogische Arbeit einbezogen werden. Es zeigt sich aber auch, dass es noch erheblichen Entwicklungsbedarf gibt und die Zusammenarbeit mit den Eltern von Seiten der stationären Einrichtungen verbessert werden kann (Gragert/van Santen/Seckinger 2005).

Die deutsche Fachdiskussion zur Zusammenarbeit mit Eltern, deren Kinder in stationären Hilfen sind, nimmt in der Regel die Entwicklungen außerhalb Deutschlands nicht zur Kenntnis. Deshalb erscheint es lohnenswert den Blick auf andere europäische Länder zu richten, um Anregungen für die eigene Praxis und Möglichkeiten der Selbstvergewisserung zu erhalten. Wie die Erfahrung des Projektes zeigt, erweist sich ein solcher „Blick abroad“ als anregend für die Fachdiskussion in Deutschland (vgl. Mamier/Pluto/van Santen/Seckinger & Zink 2003), auch wenn eine ausführliche und detaillierte Beschreibung der Konzepte und der Praxis in anderen Ländern so nicht zu leisten ist.

Um ein Bild vom Stellenwert der Zusammenarbeit mit Eltern in den stationären Hilfen in unterschiedlichen europäischen Ländern zu gewinnen, wurden zwei Zugänge gewählt. Zum einen wurde eine Literatur- und Internetrecherche in vier ausgewählten europäischen Ländern zum Thema durchgeführt. Im Abschnitt B ist das Ergebnis dieser Recherche dargestellt. Auf dieser Basis lassen sich rechtliche Grundlagen in den Ländern gegenüberstellen und Anhaltspunkte für die Art und Weise, wie die Zusammenarbeit mit Eltern in diesem Arbeitsfeld in den verschiedenen Ländern diskutiert wird, finden. Aber gerade der Stellenwert gesetzlicher Vorgaben in der Praxis, die Fachdiskussionen und nicht zuletzt die Umsetzung von gesetzlichen Vorgaben und Konzepten zur Zusammenarbeit mit Eltern können mittels einer Internetrecherche nur unzureichend eingeschätzt werden.

Deshalb wird in einer Expertise, die Irene Stevens vom Scottish Institute for Residential Child Care erstellt hat, detaillierter auf die Situation in Schottland eingegangen. Dargestellt werden der fachpolitische und historische Kontext, zudem werden Beispiele für Ansätze der Zusammenarbeit mit Eltern in einem stationären Setting beschrieben. Auf diese Weise entsteht ein anschauliches Bild vom Stellenwert der Zusammenarbeit mit Eltern und den Kontexten, in denen sie diskutiert wird. Schließlich resümieren wir die Ergebnisse aus der Literatur- und Internetrecherche sowie der Expertise aus Schottland und gehen der Frage nach, in welcher Weise geeignete Ansätze in den betrachteten Ländern Anregungen für die deutsche Praxis liefern können.

B Zusammenarbeit mit Eltern in Irland, Schweden, Schottland und England – Ergebnisse einer Literatur- und Internetrecherche

Im Folgenden werden die Ergebnisse einer Literatur- und Internetrecherche zum Thema Zusammenarbeit mit Eltern in stationären Hilfen dargestellt, die von Juli bis September 2008 durchgeführt wurde. Vor Beginn der Recherche musste eine Entscheidung getroffen werden, auf welche Länder sich die Recherche beziehen soll. Für die Auswahl haben neben pragmatischen Überlegungen (z. B. Sprachkompetenz, Hintergrundwissen, Kontakte) im Wesentlichen inhaltliche Überlegungen eine Rolle gespielt. Die Recherche wurde fokussiert auf Irland, Schweden, Schottland und England. Für Irland spricht die dort seit Jahren aktive Interessensvertretung der Heimbewohner, die regelmäßige Überprüfung aller stationären Einrichtungen, deren Ergebnis öffentlich zugänglich ist (*inspection reports*²), sowie die Diskussion zur Aufarbeitung der Heimgeschichte. Ähnlich wie in Deutschland wurden und werden Misshandlungen durch die MitarbeiterInnen der Einrichtungen, die bis in die 1970er Jahre hinein nicht selten waren, heftig diskutiert. In den Empfehlungen der Kommission, die dieses schreckliche Kapitel der stationären Hilfen in Irland aufgearbeitet hat, wird als ein wichtiger Schutzfaktor für die Kinder auf den Erhalt familiärer Beziehung hingewiesen (<http://www.childabusecommission.com/rpt/>). Schweden wurde ausgewählt, weil es in der schwedischen Tradition eine niedrigere Schwelle für einen weitgehenden Eingriff in das elterliche Erziehungsrecht gibt. Andererseits besteht auch eine entwickelte Beschwerdekultur, die die Einrichtungen dazu zwingt, sich mit den Anforderungen und Vorstellungen von Kindern und Eltern intensiv auseinanderzusetzen (vgl. Mamier/Pluto/van Santen/Seckinger & Zink 2003). In Schottland findet, unterstützt durch die staatliche Exekutive, eine intensive fachliche Auseinandersetzung über und mit stationären Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche durch das *Scottish Institute for Residential Child Care* statt, unter anderem zum Thema der Zusammenarbeit mit Eltern im stationären Kontext.³ In England gibt es eine ausgeprägte Skepsis gegenüber stationären Einrichtungen, die zum Teil so weit geht, dass ganze Landkreise auf alle Formen stationärer Unterbringung in Institutionen verzichten (Knuth 2008), auch wenn es in jüngster Zeit landesweit wieder zu einem langsamen Ausbau stationärer Einrichtungen

2 http://www.hiqa.ie/functions_ssi_inspect_rep_tab_10.asp

3 Vgl. <http://www.sircc.org.uk/node/980>

gen kommt. Auch wird in Studien seit Jahren immer wieder auf die Bedeutung einer guten Zusammenarbeit mit den Eltern für den Erfolg der Hilfe hingewiesen (z.B. Farmer 1996). Erste interessante Ergebnisse aus dem englischen Raum boten Anlass, England als viertes Land in die Recherche einzubeziehen.

Die Literaturrecherche war wenig ergiebig. Es wurde deutlich, dass Heimerziehung (*residential child care*) zwar ein viel behandeltes Thema in der Fachliteratur darstellt, Zusammenarbeit mit Eltern aber kaum zur Sprache kommt. Meist beschäftigen sich die Studien mit dem Einfluss der Elternkontakte auf den Erfolg der Rückführung bzw. die Dauer der Fremdunterbringung (Fanshel 1975, Aldgate 1987). Die Literaturrecherche zeigt darüber hinaus, dass auch in anderen europäischen Ländern ähnliche Gründe zu einer Hinwendung der stationären Hilfen zu den Eltern geführt haben (Colton/Hellinckx 1994).

Die spärlichen Fundstellen zur Zusammenarbeit mit Eltern bei der Literaturrecherche führen dazu, dass die folgenden Analyseergebnisse überwiegend auf den Ergebnissen der intensiven Internetrecherche beruhen. Diese wurde für jedes Land einzeln durchgeführt und folgte einer klaren Struktur. Zuerst wurde der Internetauftritt des für Kinderbelange zuständigen Ministeriums nach Informationen zu stationären Hilfen zur Erziehung untersucht. Hierbei konnten insbesondere rechtliche Grundlagen in Erfahrung gebracht werden. In einem nächsten Schritt wurde auf den Homepages der öffentlichen Stellen weiter recherchiert, auf die das jeweilige nationale Ministerium verweist. Dies sind sowohl untergeordnete Behörden, Arbeitseinheiten anderer Ministerien als auch Behörden auf kommunaler Ebene. Die Recherche verbleibt also zunächst immer noch auf der Ebene der staatlichen Exekutive. In einem dritten Schritt wurde den auf den Internetseiten der staatlichen Stellen entdeckten Verweisen auf Informationsmaterialien, Konzepte und Selbstdarstellungen von Einrichtungen nachgegangen. In den meisten Ländern folgte daraufhin eine Analyse des Internetauftrittes von stationären Einrichtungen sowie der Träger oder Forschungsstellen, die sich mit Kinder- und Jugendbelangen beschäftigen. In einem letzten Schritt wurde auch nach international vergleichenden Studien recherchiert, die die jeweiligen Länder mit einbezogen.

1 Zusammenarbeit mit Eltern in Irland, Schweden, Schottland und England: Rechtliche Grundlagen

Einen ersten Anhaltspunkt, um zu erfahren, welche Bedeutung der Zusammenarbeit mit Eltern in stationären Hilfen zur Erziehung in den betrachteten Ländern zukommt, bieten die jeweiligen rechtlichen Grundlagen. In allen vier Ländern lassen sich gesetzliche Vorgaben finden, die sich im weitesten Sinne mit Zusammenarbeit mit Eltern in stationären Erziehungseinrichtungen beschäftigen. Diese Regelungen lassen sich unter folgenden Aspekten zusammenfassen: (a) Kontakt der Kinder und Jugendlichen zu ihren Angehörigen, (b) Hilfeplanverfahren sowie (c) weitere Entscheidungen, die den Alltag der Kinder beeinflussen.

(a) Kontakt zwischen Kindern und ihren Angehörigen

Die Pflege des Kontaktes zwischen dem betreuten Kind und seiner Familie hat länderübergreifend einen hohen Stellenwert in den gesetzlichen Vorgaben. Jeder der Staaten schreibt seinen verantwortlichen Stellen vor Ort vor, einem betreuten Kind einen angemessenen Umgang mit seinen Angehörigen zu gewährleisten. Damit wird der Artikel 9 der UN-KRK in nationales Recht umgesetzt. Die Angehörigen werden teilweise explizit als die Eltern des Kindes, dessen Familie und/oder nahes soziales Umfeld charakterisiert. Marginale Unterschiede zeigen sich sowohl in der Formulierung, die auf die Konsequenz der Umsetzung abzielt, sowie in der Zuschreibung der Verantwortung für die Förderung des Kontaktes. Während das englische *Children Act* von 1989⁴ auf die Erlaubnis zum Kontakt zwischen Eltern und Kind verweist, die die örtlichen Behörden erteilen sollen (*Children Act 34, 1a*), verlangen schwedische (*SoL 6 kap. 1§*) und schottische (*Children Act 17, 1c*)⁵ Gesetze die gezielte Förderung des familiären Miteinanders. Die irischen Standards für Kinder in stationären Einrichtungen schreiben den Fachkräften sogar explizit vor, bei verlorenem Bezug der Familienmitglieder untereinander aktiv den Kontakt zwischen den Familienmitgliedern wiederherzustellen (*National Standards for Children's Residential Care 5.19*). Gleichzeitig wird den Fachkräften durch diese Verordnung ein Großteil der Verantwortung zugeschrieben. In Schottland wird zusätzlich auf die Pflicht der Eltern verwiesen, eine Beziehung sowie einen direkten Kontakt mit ihrem Kind aufrechtzuerhalten (*Children Act 1, 1c und 1d*).

4 http://www.opsi.gov.uk/acts/acts1989/ukpga_19890041_en_1

5 http://www.opsi.gov.uk/acts/acts1995/Ukpga_19950036_en_1.htm

(b) Hilfeplanverfahren

Die Aushandlung bzw. die Art und Weise, wie Entscheidungen über die Art der Hilfe getroffen werden, haben große Bedeutung dafür, ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Eltern und den Fachkräften in der stationären Einrichtung zu etablieren. Regelmäßige Gespräche über die Ziele und den Fortgang des Heimaufenthalts, Transparenz und eine Beteiligung von Kindern und Eltern sind hierfür wichtige Voraussetzungen und können einen verlässlichen Rahmen für die Zusammenarbeit von Einrichtungen und Eltern bieten. Es verwundert deshalb nicht, dass in den Gesetzen in allen vier untersuchten Ländern dem Hilfeplanverfahren eine besondere Bedeutung zugemessen wird. Es wird in jedem der vier Länder gefordert, dass der Hilfeplan in Zusammenarbeit mit den Eltern bzw. dem Vormund des Kindes oder Jugendlichen erarbeitet werden soll. Einschränkungen erfolgen durch formale Klauseln.⁶ Die Regelungen in Irland unterscheiden sich dahingehend, dass sie nicht nur allgemein eine Zusammenarbeit mit den Eltern fordern, sondern festlegen, dass Kopien des Hilfeplans an die Eltern, den Einrichtungsleiter sowie das betroffene Kind gesandt werden müssen (*National Standards for Children's Residential Care 5.12*). Eine derartige gesetzliche Vorschrift existiert in den anderen Ländern nicht.

(c) Weitere Entscheidungen, die den Alltag der Kinder beeinflussen

In den vier Ländern ist auf unterschiedlichen Ebenen, nämlich im entsprechenden Gesetz, auf der Ebene von Verordnungen oder in Ausführungsbestimmungen darüber hinaus geregelt bzw. wird empfohlen, wie mit Entscheidungen umgegangen werden soll, die den Alltag des Kindes beeinflussen und nicht im Hilfeplan getroffen werden können. Die Regelungen hierzu sind in England (*Children Act 22, 4a-c und 5a, b*) und Schottland sehr ähnlich (*Children Act 17, 3a-c und 4a, b*). Dort ist jeweils festgelegt, dass bei allen Entscheidungen, die das Kind betreffen, das Kind und seine Eltern bzw. der Personensorgeberechtigte gehört werden sollen und auf deren Meinungsäußerung bei der Entscheidungsfindung Rücksicht genommen werden soll. Damit werden die Minimalstandards der UN-KRK in nationales Recht übertragen. Gemeinsame Beratungen der Fachkräfte mit den Kindern bzw. Jugendlichen und ihren Familien verlangt die irische Bestimmung (*National Standards for Children's Residential Care 4.1*). Die Regelung in Irland geht somit einen Schritt weiter, denn es wird ein aktiver Austausch zwischen Kindern, Eltern und Fachkräften gefordert. Dies erscheint vor dem Hintergrund der Forschungen zu Partizipationsprozessen in erzieherischen Hilfen auch erforderlich, denn scheinbar einfache Fragen wie „Was wünschst Du Dir?“ können angesichts der Machtverhältnisse zu erheblichen Überforde-

6 Wie beispielsweise in Schottland „soweit vernünftigerweise machbar“ (Statutory Instrument 1996 No.3262, 6, 4a und 4b) oder in Schweden „mit der Erklärung nach Verhinderung oder Ablehnung der Eltern“ (SOSFS 2003:20 (S), 5 Kap. 1§).

rungen auf Seiten der Eltern, Kinder und Jugendlichen führen. In den schwedischen Vorschriften konnte keine entsprechende Regelung gefunden werden.

Die irischen *National Standards for Children's Residential Care* benennen zusätzlich Rechte von Eltern und Familien. So wird auf die Möglichkeit von Kindern und Eltern verwiesen, sich über stationäre Einrichtungen beschweren zu können (National Standard 4.6). Zusätzlich erhalten die Familien schriftliche Informationen über die Unterbringung (National Standard 4.12) und werden eingeladen, die Einrichtung vor Aufnahme des Kindes zu besuchen (National Standard 5.2). Eltern werden ferner über Ereignisse im Leben des Kindes unterrichtet. Sie haben weiterhin die Möglichkeit, sich positiv in die Betreuung und Erziehung ihres Kindes einzubringen und an unterschiedlichen Veranstaltungen (z. B. Schulfestern) teilzunehmen (National Standard 5.21). Die *Child Care (Special Care) Regulations* fordern schließlich die Einrichtungsleitung auf, sicherzustellen, dass sowohl das Kind als auch dessen Eltern bzw. der Personensorgeberechtigte über Betreuungspraktiken, die konzeptionelle Ausrichtung sowie die Regeln der Einrichtung unterrichtet werden (Child Care Regulations 4 (4)). Die Zusammenarbeit mit den Eltern ist in den betrachteten Ländern gesetzlich sehr unterschiedlich verankert. In Irland gibt es die detailliertesten Regelungen, die nicht nur der formalen Umsetzung der UN-KRK dienen, sondern die Fachkräfte auffordern aktiv die Beziehungen zwischen Heimkindern und Eltern zum Gegenstand ihrer Arbeit zu machen. Dies spiegelt sich auch in den Informationspflichten der Fachkräfte gegenüber den Eltern und Kindern wider. Die Regelungen der beiden britischen Regionen sind größtenteils äquivalent. Die schottischen Bestimmungen gehen an einige Stellen jedoch etwas weiter, so gestatten sie nicht nur den Umgang zwischen Kindern und Eltern, sondern wollen von den Einrichtungen, dass dieser gefördert wird. Die Verankerung von Rechten der Eltern lässt sich in Schweden als vergleichsweise spärlich beschreiben. Über die Umsetzung der rechtlichen Vorgaben in der Praxis kann an dieser Stelle jedoch nichts ausgesagt werden.

2 Länderperspektive

Die Informationen, die über das Internet recherchiert werden konnten, sind sehr unterschiedlich. Ein direkter Ländervergleich, wie zuvor bei den rechtlichen Grundlagen, ist somit nur eingeschränkt möglich, da die Informationen auf unterschiedlichen Ebenen liegen. Interessant ist dagegen, welche Informationen durch diese Art und Weise der Informationsbeschaffung zugänglich sind und welche Aspekte darin betont werden. Daher folgt eine länderspezifische Darstellung gewonnener Erkenntnisse über Zusammenarbeit mit Eltern in stationären Hilfen zur Erziehung.

2.1 Irland

Einen wesentlichen Aspekt der Zusammenarbeit mit Eltern stellt in Irland die Pflicht zur Transparenz der Aktivitäten der stationären Einrichtungen dar. Dies umfasst beispielsweise regelmäßige Überprüfungen der Einrichtungen durch die Aufsichtsbehörde (*Social Services Inspectorate*). Diese Prüfungen der stationären Einrichtungen werden gemäß den staatlichen Standards durchgeführt, die durch das Ministerium für Gesundheit und Kinder (Ministry for Health and Children) definiert wurden. Dabei werden neben Fachkräften und Kindern, auch Eltern durch die Behördenmitarbeiter befragt. Bereits im Vorfeld einer solchen Überprüfung können sich Eltern in einer speziell an sie adressierten Informationsbroschüre über das Vorgehen und die Ziele der Behörde informieren. Die Ergebnisberichte der Einrichtungsüberprüfungen sind auf der Homepage der Behörde öffentlich zugänglich (http://www.hiqa.ie/functions_ssi_inspect_rep.asp). Die Zusammenarbeit mit Eltern (*Contact with Families*) stellt ein eigenes Prüfkriterium dar. Es wird überprüft, inwieweit die Einrichtungen einerseits den Umgang der Familienmitglieder untereinander fördern, und andererseits welchen Kontakt Fachkräfte mit den Eltern pflegen. Vergleicht man die früheren Prüfberichte mit denen aus den Jahren 2007 und 2008, dann wird ersichtlich, dass dieses Kriterium inzwischen etwas an Bedeutung verloren hat. Berichte aus den Jahren zuvor beinhalten noch konkretere Beschreibungen des Kontakts mit den Familien (durch Besuche, telefonische Kontakte) und ebenso wurde untersucht, ob es zu regelmäßigen Gesprächen zwischen den Mitarbeitern der Einrichtung und den Eltern bzw. Personensorgeberechtigten gekommen ist. Waren die Prüfer mit dem Ergebnis unzufrieden, dann wurde eine Pflicht zur Verbesserung im Prüfbericht festgehalten. Da die Berichte vor dem Jahr 2007 jedoch in all ihren Gesichtspunkten ausführlicher gehalten sind, nimmt auch hier der Bezug zu den Familien/Eltern im Vergleich zu den anderen Punkten eine untergeordnete Stellung ein. Die abschließenden Bewertungen jedes Prüfkriteriums und der Berichtsteil, der klarstellt, ob frühere Beanstandungen behoben wurden, tragen dazu bei, ein klareres Bild von der Umsetzung der nationalen Standards zu erhalten.

Ein sehr detailliertes Bild von Zusammenarbeit mit Eltern beschreibt ein Bericht über die Unterbringung von 47 Kindern im Alter unter zwölf Jahren in stationären Einrichtungen aus dem Jahr 2007 (Social Service Inspectorate 2007). Am Beispiel von sieben stationären Einrichtungen wird gezeigt, dass täglicher Kontakt zwischen Eltern und ihren fremduntergebrachten Kindern weiterhin möglich ist. In diesen Einrichtungen werden die Personensorgeberechtigten gleichzeitig unterstützt, ihre elterlichen Fähigkeiten weiterzuentwickeln. Ziel dieser Arbeit ist es, die Eltern auf die zukünftige Betreuung und Erziehung der Kinder als „Vollzeit-Eltern“ vorzubereiten. Einige Einrichtungen ermöglichen es den Eltern, über Nacht zu bleiben.

Nach Angaben der Inspekture profitierten insbesondere auch die betroffenen Kinder von diesen Möglichkeiten.

All diese Anforderungen an die Einhaltung der nationalen Standards scheinen für den Bereich der geschlossenen Unterbringung (*Special Care Units*⁷) nicht zu gelten. Zumindest wird in einem Bericht des *Centre for Social and Educational Research (CSER)* die unzureichende Zusammenarbeit zwischen Fachkräften und Eltern problematisiert (CSER 2004).

Es gibt in Irland nur wenige stationären Einrichtungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung, die Internetpräsenz zeigen. Aber von diesen weisen alle in ihrer Homepage auf die Förderung des Kontakts und der Beziehung zwischen dem betreuten Kind und dessen Familie hin. So beschreibt beispielsweise eine Einrichtung die Verbesserung der Beziehungsqualität zur Familie mit folgenden Worten:

„Staff at ‘Tiara House’ will encourage children and young people to maintain existing relationships with families and significant others. We welcome and will facilitate access arrangements, both in the Centre and elsewhere, as determined by the Care Plan/Placement Plan. (...) Young people and their families are encouraged and empowered to voice their views, concerns, opinions, likes and dislikes through consultation and participation at various forums, including pre-admissions meetings, house meetings, key-worker sessions, meetings with Children Services Ireland (CSI) Social Worker, Child Care Worker and Teachers.”⁸

Die Selbstdarstellung der Einrichtung fordert die Kinder und Jugendlichen geradezu auf, den Kontakt zu ihren Familien aufrechtzuerhalten und entsprechende Forderungen an die Einrichtung zu stellen:

„We will encourage the young person to maintain existing relationships with families, significant others and professionals. We welcome and will facilitate access arrangements, both within the house/centre and elsewhere, as determined by the Care Plan and in turn the Placement Plan.”⁹

Es gibt auf der Basis der Internetrecherche jedoch nur einzelne Informationen zur Zusammenarbeit mit Eltern in Irland. Es ließ sich keine Einrichtung finden, die zeitweise ganze Familien aufnimmt. Das Ergebnis der Recherche lässt vermuten, dass weitere Formen der Zusammenarbeit mit Eltern eher eine untergeordnete Rolle spielen.

7 „The overall aim of Special Care Units is to provide focused care and therapy to young people so that their behaviour is stabilised and they are enabled to return to nonsecure care within a short duration. Special Care Units set out to achieve this by providing a caring, safe, secure, learning environment so that emotional and behavioural difficulties can be met. By formulating a placement plan, a programme of care and therapy is provided with the objective of developing self-esteem, selfdiscipline and respect.” (CSER 2004)

8 <http://www.csi.ie/services-page42826.html>

9 <http://www.csi.ie/services-page42828.html>

2.2 Schweden

In Schweden sind zahlreiche stationäre Hilfen zur Erziehung mit Darstellungen ihrer Einrichtung sowie ihrer Konzepte im Internet präsent. Die Einrichtungen unterscheiden sich nicht nur in Größe und Klientel, sondern auch in ihrer konzeptuellen Orientierung. In der Mehrzahl der betrachteten Institutionen beinhalten die Zielsetzungen der Hilfemaßnahmen Verweise auf verschiedene Formen von Zusammenarbeit mit Eltern. Hervorgehoben wird häufig die Bedeutung von Zusammenarbeit mit Eltern. Die Einrichtungen verweisen dabei auf folgende Angebote, die allerdings einen eher bescheidenen Anspruch an die Zusammenarbeit mit Eltern signalisieren. Es wird von einzelnen Einrichtungen der regelmäßige Kontakt hervorgehoben, den Fachkräfte mit Eltern pflegen (z. B. durch wöchentlich stattfindende Telefongespräche), von anderen die enge Zusammenarbeit mit Eltern bei der Erstellung eines Hilfeplans. Des Weiteren werden Eltern-/Familienbesuche (z. B. Elternwochenenden oder Familienwochen) in zahlreichen Einrichtungen unterstützt. Eine Einrichtung bietet zusätzlich die Möglichkeit an, dass Eltern in der Einrichtung übernachten können.

Auf drei Beispiele, die besonders herausstechen, wird im Folgenden etwas näher eingegangen. Das erste Beispiel ist ein Heim für 12- bis 17-jährige Jugendliche, in dem jedem Elternpaar eine feste Kontaktperson zugeeignet ist, die als Verbindung zwischen Eltern, Jugendlichen und Einrichtung fungieren soll. Damit wird dem Wunsch der Eltern nach einer gewissen Kontinuität der Ansprechpersonen entgegengekommen. Regelmäßig stattfindende Mütter- und Vätergruppen ermöglichen es zudem, dass sich Eltern untereinander treffen und austauschen. Das zweite Beispiel ist eine Einrichtung, die den Kontakt mit den Familien durch Elterntage fördert, an denen Einzel- sowie Gruppengespräche stattfinden. Gemeinsames Essen und gemeinsame Aktivitäten von Kindern und Eltern zählen in dieser Einrichtung ebenso zum Heimalltag wie Familienwochenenden. Das dritte Beispiel ist eine Einrichtung für 6- bis 12-jährige Kinder, die Zusammenarbeit mit Eltern an der in Schweden weit verbreiteten *miljöterapi*¹⁰ ausrichtet. Dabei werden die Beziehungsmuster der betreuten Person sowie die materiellen, sozialen und psychologischen Aspekte ihres „Milieus“ in den Fokus des Angebots gerückt. Es finden zweimal wöchentlich Elternabende in den Räumen der Einrichtung statt. Darüber hinaus bestehen Angebote zu Familiengesprächen und Familienreisen. Ziel dieser Angebote ist es, Mütter und Väter in ihrer Elternrolle zu stärken.

In Schweden ließen sich – im Unterschied zu den Recherchen in den anderen Ländern – auch Angebote und Konzepte stationärer Hilfen zur Erziehung finden, die sich explizit an die gesamte Familie richten. Bei einzel-

10 Die Milieuthérapie basiert auf psychodynamischen Überlegungen und zielt darauf ab, ein stabiles und verlässliches Umfeld mit festen Strukturen und verlässlichen sozialen Beziehungen zu schaffen (vgl. Däderman 2005, Stock 2006).

nen Angeboten wird die gesamte Familie stationär aufgenommen. In einer solchen Einrichtung erhält jedes Familienmitglied einen individuellen Hilfeplan, der zur Verbesserung der familiären Situation beitragen soll. Familien-, Einzel- und Paargespräche werden ermöglicht. Ein *familjecentrum*¹¹ legt besonderen Wert auf die Beobachtung der Eltern-Kind-Interaktion, um darauf aufbauend Hilfen zur Umsetzung neuer Interaktionsmuster anbieten zu können.

Auf der konzeptionellen Ebene erscheint es so, als ob viele Einrichtungen ein besonderes Augenmerk auf Zusammenarbeit mit Eltern legten, aber deren Umsetzung in der Praxis wird als unzureichend kritisiert.

„Multifunktionelle Behandlung“ in Einrichtungen und im sozialen Umfeld (*MultifunC*¹²) nennt sich ein im Jahr 2005 initiiertes norwegisch-schwedisches Forschungs- und Entwicklungsprogramm für verhaltensauffällige 14- bis 18-jährige Jugendliche, das neben speziellen Hilfe- und Unterstützungsangeboten für den Jugendlichen selbst auch auf die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Eltern abzielt. Ausgangspunkt des Programms ist die Erkenntnis, dass es nicht ausreicht, allein mit dem Jugendlichen in einer stationären Einrichtung zu arbeiten, um positive Verhaltensänderungen bei Jugendlichen zu bewirken. Neben der Ausrichtung am Bedarf des Jugendlichen – dabei wird insbesondere auf die Vermittlung sozialer Fertigkeiten und den Abbau problematischer Verhaltensweisen (z.B. Drogenkonsum, Delinquenz etc.) geachtet – wird auch die Familienarbeit und die Zusammenarbeit mit Eltern als ein notwendiger Schritt für einen nachhaltigen Erfolg angesehen. Auf der methodischen Grundlage des *Parent Management Training* sowie der *Multisystemic Therapy* stehen die Verbesserung der Familienkommunikation sowie die Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz im Mittelpunkt der Intervention. *MultifunC* teilt unterschiedliche Arbeitsbereiche einzelnen Teams zu. Das *Family- and Aftercare-Team* realisiert die Zusammenarbeit mit Eltern während des Aufenthalts des Jugendlichen in der Einrichtung und auch nach Verlassen des Heims. Die Fachkräfte üben hierbei mit den Eltern Kommunikationsstrategien ein, zeigen ihnen Möglichkeiten auf, Routinen in der Zusammenarbeit mit der Schule und anderen Eltern in ihren Alltag zu integrieren und leiten die Eltern an, wie sie in unterstützender Weise ihre Kinder und deren Aktivitäten außerhalb des Zuhauses kontrollieren können. In drei schwedischen Einrichtungen wird *MultifunC* im Jahr 2008 erprobt. Evaluationsergebnisse hierzu lagen zum Recherchezeitpunkt noch nicht vor.

Bei der Internetrecherche in Schweden wird offensichtlich, dass in den stationären Hilfen das Thema Zusammenarbeit mit Eltern eine gewisse Be-

11 In Schweden gibt es nach Angabe von Bing (2002) rund 50 Familienzentren, die aus Mitteln des Gesundheitssystems bezahlt werden. Diese Familienzentren unterstützen Eltern in ihrer Elternschaft. Die Angebotspalette reicht von niedrigschwelligen Angebote, z.B. Krabbelgruppen, über Kursangebote (Kochen, Turnen, Babypflege) bis hin zu beraterischen, therapeutischen und stationären Angeboten.

12 [http://www.socialstyrelsen.se/IMS/Projekt/MultifunC_\(U1097\).htm](http://www.socialstyrelsen.se/IMS/Projekt/MultifunC_(U1097).htm)

deutung erlangt hat. Schließlich wird Zusammenarbeit mit Eltern auf den Internetseiten der Einrichtungen thematisiert und es werden unterschiedliche Angebote beschrieben, die sich an Eltern richten. Es werden auch spezifische Trainingsprogramme entwickelt, in denen Eltern unter Anleitung der Fachkräfte Strategien im Umgang mit ihren Kindern einüben, die ein selbstständiges Familienleben außerhalb der stationären Hilfen wieder möglich machen sollen (z. B. durch Verbesserung der Kommunikation). Die Ansätze scheinen eher therapeutisch als sozialpädagogisch ausgerichtet zu sein, wirken stark an ExpertInnen ausgerichtet und sind wahrscheinlich auch standardisiert und manualisiert.

2.3 Schottland

In Schottland findet seit Jahren eine intensive Debatte zu Fragen um stationäre Hilfen zur Erziehung und zur Zusammenarbeit mit Eltern statt. Eine umfangreiche Studie des *Social Work Services Inspectorate for Scotland (1992)*, die Auskunft über den Zustand in 150 stationären Einrichtungen gab, wurde bereits Anfang der 1990er Jahre unter dem Titel *Another kind of home: A review of residential child care* veröffentlicht. Durch das von der schottischen Exekutive unterstützte *Scottish Institute for Residential Child Care (SIRCC)* bleibt die Untersuchung dieses Sektors der Sozialen Arbeit auch zukünftig sichergestellt. 2006 informierte *SIRCC* mit einem Manifest (Elsley 2006) über die aktuelle Situation in den stationären Hilfen und fordert einen Ausbau an familienunterstützenden Angeboten. *SIRCC* bemängelt, dass vor allem präventive Angebote für Eltern immer noch unzureichend bereitgestellt werden. Auch die Förderung des Kontaktes der Familienmitglieder untereinander wird immer noch vernachlässigt. Dies stellt aber eigentlich einen bedeutenden Ansatz für die Zusammenarbeit mit Eltern in Schottland dar, da der Fokus stationärer Hilfen auf der Rückführung des Kindes in die Familie liegt (Francis, Kendrick, Poso 2007). In einem parlamentarischen Informationsschreiben bewertet *SIRCC* (2006) die Einbindung der Eltern in Entscheidungen der Einrichtungen als unzureichend und weist auf das geringe Wissen der Eltern über die Institutionen und deren Rolle bei der Unterbringung des Kindes hin.

Verschiedene Informationsbroschüren machen Eltern auf das Thema Zusammenarbeit mit Eltern bei Fremdunterbringung aufmerksam und geben Auskunft über grundlegende Fragen, die sich im Zusammenhang mit einem Heimaufenthalt ergeben. In der Broschüre *If your child is looked after away from home* des East Dunbartonshire Council (2008a) werden Eltern mögliche Gründe für ein Zustandekommen öffentlicher Erziehungshilfen erläutert sowie das weitere Vorgehen nach Aufnahme des Kindes in die Einrichtung dargestellt. Die Zusammenarbeit der Eltern mit einem Sozialarbeiter des lokalen *Social Work Departments* (einer Struktur ähnlich dem ASD in Deutschland, mit Zuständigkeiten im Bereich der Hilfen zur Erzie-

hung, Obdachlosigkeit, Integration behinderter Kinder etc.) soll der Klärung individueller Ursachen für die Fremdunterbringung des Kindes dienen. Des Weiteren verspricht die Kooperation mit der Behörde den Eltern Unterstützung bei der Lösung der Probleme, die zur Betreuung des Kindes geführt haben. Innerhalb der Einrichtung werden die Eltern motiviert, sich an den Hilfeplangesprächen, die alle drei bis sechs Monate stattfinden, zu beteiligen. Ebenso wird der regelmäßige Kontakt zwischen Kindern und Eltern gefördert, die, wie die Informationsschrift unterstreicht, als Personensorgeberechtigte schließlich auch die Verantwortung haben, einen angemessenen Umgang mit ihren Kindern zu pflegen. Um einen Eindruck zu vermitteln, wie Kinder und Jugendliche animiert werden, den Kontakt zu Eltern und Freunden aufrecht zu erhalten, ein Zitat aus einer Broschüre, die an Kinder und Jugendliche gerichtet ist (East Dunbartonshire Council 2008b). Unter dem Stichwort *Seeing family and friends* findet sich folgender Text:

„We will encourage you to keep in touch with your family. It is good to keep in touch with your family if you can. Your key worker and social worker will talk to you and your family about ways to stay in touch:

- You can phone each other
- You can go and visit your family
- They can visit you in the Residential Service.

Visitors are made to feel welcome. You can give your visitors refreshments and invite them to stay for a meal but you must check with staff first. The only time a visitor would not be allowed would be if they caused problems or where a risk to someone else in the house”.

Das breite Angebot an Broschüren sowohl für Eltern als auch für Kinder zeigt, wie der Anspruch, Betroffene weitestgehend zu informieren, in Schottland gut umgesetzt wird (Trede 2008).

Secure Units (stationäre Einrichtungen, in denen Kinder aufgrund eines Gerichtsbeschlusses untergebracht sind) formulieren ebenfalls das Ziel einer engen Zusammenarbeit mit den Eltern. Eltern werden von Seiten der Einrichtung dabei unterstützt, ihre Kinder zu besuchen. Zum Beispiel gibt es Hilfe bei der Organisation der Anreise oder Übernachtungsmöglichkeiten werden bereitgestellt. Darüber hinaus werden die Eltern ermutigt, an gemeinsamen Essen und Aktivitäten der Einrichtung teilzunehmen (Hill 2000).

Parallel sowie anschließend an eine stationäre Hilfe werden in Schottland Angebote bereitgestellt, die Eltern zunehmend integrieren. Kommunale *Troughcare*- und *Aftercare*-Hilfen beziehen Familien in den Prozess des Übergangs vom Leben in der Einrichtung zu selbstständigem Leben mit ein. Diese Angebote, wofür es eine eigene gesetzliche Grundlage gibt (Children (Leaving Care) Act 2000), zielen darauf ab, die Verselbstständigung der jungen Menschen zu stärken und ihnen zu helfen, ein Leben ohne staatliche

Unterstützung führen zu können. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Vermeidung von Obdachlosigkeit und die Integration in den Arbeitsmarkt gelegt. Die Zusammenarbeit mit Eltern spielt hierbei nur eine untergeordnete Rolle, auch wenn die für Aftercare-Hilfen zuständige Person in der Hilfevereinbarung mit dem Jugendlichen das Thema Stärkung familiärer Beziehungen berücksichtigen und möglichst Strategien entwickeln soll, dieses Ziel zu erreichen. Zum Teil wird die (Zusammen)Arbeit mit Eltern auch an ambulante Hilfsangebote delegiert. In diesen Fällen kooperieren Fachkräfte einer stationären Einrichtung mit Sozialarbeitern vor Ort.

Zusammenarbeit mit Eltern in Schottland scheint geprägt von einem vergleichsweise breiten Informationsangebot für Eltern betreuter Kinder. Dennoch sind *SIRCC* zufolge auch hier Verbesserungen nötig, um Eltern noch besser zu informieren. Verschiedene Programme scheinen sich gezielt mit der Verbesserung der Zusammenarbeit mit Eltern, auch über die Betreuung des Kindes in stationären Hilfen hinaus, zu beschäftigen.

2.4 England

Als am schwierigsten erwies es sich in England, an Informationen über Zusammenarbeit mit Eltern in stationären Hilfen zu gelangen. Es konnten trotz intensiver Recherche keine konzeptuellen Grundlagen von Zusammenarbeit mit Eltern in stationären Einrichtungen ausfindig gemacht werden. Dies überrascht nicht mit Blick auf eine Analyse der Forschungsfragen, die in England in Bezug auf die Heimerziehung einen gewissen Stellenwert erlangt haben, denn das Thema „Zusammenarbeit mit Eltern“ gehört nicht dazu (Gabriel 2001, S. 66). Ein Grund hierfür kann darin liegen, dass in England über einen langen Zeitraum hinweg Heimunterbringungen vollständig vermieden werden sollten und Einrichtungen aufgelöst wurden. Die Ergebnisse von Renè Spitz zum Hospitalismus und von John Bowlby zur Bindungsforschung trugen wesentlich zum Negativimage der Heime bei. Noch immer erscheint Heimerziehung in England als Hilfe zweiter Wahl, die „meist nur noch für sehr »schwierige«, meist ältere Kinder und Jugendliche in Anspruch genommen wird“ (Knuth 2008, S. 177). Dennoch gibt es einige Fundstellen zu Eltern als Ansprechpartner für stationäre Hilfen. Im Juni 2006 veröffentlichte das *National Children's Bureau (NCB)*¹³; gefördert durch das *Department for Education and Skills* und *The Welsh Assembly Government*) eine Studie zu Elternbeteiligung (*parents participation*; McCann 2006). Die Studie basiert auf Interviews von Eltern fremduntergebrachter Kinder. Ein Ergebnis der Studie ist, dass der Kontakt zwischen Fachkräften und Eltern im Wesentlichen auf wöchentlich bis monatlich stattfindenden Telefonaten beruht. Diese dienen hauptsächlich dazu, Eltern über das

13 Das NCB ist ein karitativer Dachverband für Vereinigungen/Dienste der Kinder- und Jugendhilfe in England und Nordirland.

Wohlergehen ihres Kindes zu unterrichten, den Hilfeplan zu erläutern und die Gesamtentwicklung des Kindes zu beschreiben. Seit den 1980er Jahren gibt es eine signifikante Zunahme der Anzahl der Face-to-Face-Gespräche zwischen den Fachkräften und den Eltern. Die Beteiligung der Eltern nimmt jedoch mit der Länge des Aufenthalts des Kindes in einer Einrichtung deutlich ab. Aus der Perspektive der Eltern sind Aufrichtigkeit, partnerschaftliches Verhalten und Erreichbarkeit wichtige Bedingungen, die ihre Bereitschaft erhöhen, mit stationären Einrichtungen zusammenzuarbeiten (McCann2006). Nach den Ergebnissen dieser Studie zu urteilen, erweisen sich die Ansprüche an Zusammenarbeit mit Eltern in englischen Einrichtungen als gering. Auch faktisch scheinen die Möglichkeiten, Zusammenarbeit mit Eltern auszubauen, sehr beschränkt, denn zumindest in dieser Studie wird mehrfach auf die bereits ohne Zusammenarbeit mit Eltern vorhandene Überlastung der Sozialarbeiter in den stationären Hilfen hingewiesen, weshalb eine Beteiligung von Fachkräften anderer Behörden an Zusammenarbeit mit Eltern empfohlen wird. Auch die geringe Qualifikation vieler MitarbeiterInnen in stationären Einrichtungen (Boddy et al. 2009; Cameron 2004) wird nicht dazu beitragen, Zusammenarbeit mit Eltern einen höheren Stellenwert zukommen zu lassen.

In England gibt es für Eltern, deren Kinder in stationären Einrichtungen leben, außer durch die Einrichtungen selbst manchmal auch durch ambulante Dienste oder Beratungsstellen Möglichkeiten, Unterstützung zu erhalten. Den Eltern stehen hierbei Angebote sowohl des öffentlichen Trägers als auch Angebote von Wohlfahrtsverbänden zur Verfügung. Zum Beispiel unterhält der staatliche *Family Rights Group Advice Service* eine Notrufstelle speziell für Eltern von Kindern, die Angebote der Jugendhilfe (z. B. Heimerziehung) in Anspruch nehmen oder benötigen. Auch der englisch-walisische Wohlfahrtsverband *Family Rights Group (FRG)* berät und tritt für Familien ein, deren Kinder in stationären Hilfen zur Erziehung leben (werden) (Family Rights Groups 2007). Neben der Beratungsstelle des Verbandes, die telefonisch und schriftlich für Hilfesuchende erreichbar ist, hat die *FRG* einen *Advocacy Service* eingerichtet. Dieser soll durch Aufklärungs- und Unterstützungsarbeit Eltern zu einem besseren Verständnis der Vorgehensweisen verhelfen, die im Umgang mit den öffentlichen Einrichtungen bezüglich der Betreuung des Kindes erfolgen. Durch die Beratungen sollen die Eltern die Möglichkeit haben, in der Zusammenarbeit mit Behörden gefestigter aufzutreten sowie besser für die eigenen Interessen und die ihrer Kinder eintreten zu können.

In England scheinen die meisten Angebote für Eltern, deren Kinder in stationären Einrichtungen sind, von Dienststellen oder Verbände bereitgehalten zu werden, die nicht Teil einer stationären Einrichtung sind. Diese Angebote sind in der Regel niedrigschwellig. So wird zum Beispiel ein unkomplizierter Zugang zu Beratungsangeboten über Telefon-*Helplines* mit

Internetpräsenz sichergestellt. Zusammenarbeit mit Eltern in stationären Einrichtungen scheint dagegen keinen besonderen Stellwert zu besitzen.

3 Resümee der Literatur- und Internetrecherche in mehreren europäischen Ländern

Kapitel 2 bündelt und stellt die Ergebnisse einer Internetrecherche zum Thema Zusammenarbeit mit Eltern im Kontext stationärer Hilfen dar. Diese Recherche gibt einen spezifischen Ausschnitt der jeweiligen Konzepte, Fachdiskussionen und der Praxis von Zusammenarbeit mit Eltern wieder. Der Blick über die Grenze nach Irland, Schottland, England und Schweden zeigt, dass sich sowohl die Fachdebatte als auch die Praxis der Zusammenarbeit mit Eltern in Deutschland nicht zu verstecken braucht. Die Zeiten in denen Delegationen aus Deutschland nach Schweden reisen, um die neuen Ansätze der Zusammenarbeit mit Eltern kennenzulernen (vgl. Arendt et al 1982), scheinen vorbei zu sein.

4 Literatur

- Aldgate, Jane (1987): Residential Care: A Reevaluation of a Threatened Resource. *Child & Youth Care Quarterly*, 16(D, Spring 1987, S. 48- 59
- Arendt, Gerhard/Bosselmann, Rainer/Kindschuh-van Roje, Ellen/Kleinschnittger, Josef/Neral, Terje/Schreiber, Anne (1982): Familienorientierte Ansätze in der Heimerziehung – Erfahrungsbericht einer Studienreise nach Stockholm/Schweden, Mai 1981 IN: AFET, Heft 2, S. 29-40
- Bing, Vibeke (2002): Die schwedischen Familienzentren und neue familiäre Muster. Vortrag anlässlich der Kick-off-Konferenz des Projekts Transnationales Präventionsprogramm zur Verhinderung von Gewalt an Kindern und sexuellem Missbrauch von Kindern der Stadt Wien. <http://www.wien.gv.at/menschen/magelf/experten/euprojekt.html> [letzter Zugriff 08.09.2009]
- Boddy, Janet; Statham, June; McQuail, Susan; Petrie Pat; Owen Charlie (2009): Working at the “Edges” of Care? European Models of Support for Young People and Families. Research Brief DCSF-RBX-09-07, June 2009, <http://publications.dcsf.gov.uk/eOrderingDownload/DCSF-RBX-09-07.pdf>
- Cameron, Claire (2004): Social Pedagogy and Care. Danish and German Practice in Young People’s Residential Care. *Journal of Social Work*, Vol. 4, No. 2, S. 133-151
- Colton, Matthew/Hellinckx, Walter (1994): Residential and Foster Care in the European Community: Current Trends in Policy and Practice. *The British Journal of social Work* 24, S. 559-576
- Conen, Marie-Luise (1990): Elternarbeit in der Heimerziehung. Eine empirische Studie zur Praxis der Eltern- und Familienarbeit in Einrichtungen der Erziehungshilfe. Frankfurt a.M.
- CSER (Centre for Social and Educational Research) (2004): The Impact of Placement in Special Care Unit Settings on the Wellbeing of Young People and their Families. Dublin. <http://www.lenus.ie/hse/bitstream/10147/46326/1/1181.pdf> [letzter Zugriff: 08.09.2009]
- Dåderman, Anna (2005): “Dr. Jekyll and Mr. Hyde?”. Abuse of potent benzodiazepines, exemplified by flunitrazepam, in mentally disordered male offenders. <http://diss.kib.ki.se/2005/91-7140-584-4/thesis.pdf> [letzter Zugriff 02.09.2009]
- East Dunbartonshire Council (2008a): If Your Child is Looked After Away From Home
- East Dunbartonshire Council (2008b): The Purpose of Children’s Residential Care Services. <http://www.eastdunbarton.gov.uk/Web%20Site/Live/EDWebLive.nsf/LU-AllContent/AGLN-7FVHT3?OpenDocument>
- Elsley, Susan (2006): No time to lose – A manifesto for children and young people looked after away from home. Scottish Institute for Residential Child Care, Glasgow. <http://www.sircc.org.uk/node/786> [letzter Zugriff 02.09.2009]
- Elsley, Susan (2008): Home Truths: Residential Child Care in Scotland. A Context Paper. Scottish Institute for Residential Child Care, Glasgow.
- Family Rights Group: Annual Report and Review 2007. <http://www.frg.org.uk/pdfs/FRG%20Annual%20Report%202007.pdf> [letzter Zugriff: 09.09.2008]
- Fanshel, D. (1975). Parental visiting of children in foster care: Key to discharge. *Social Service Review*, 49(4), S. 493-515
- Farmer, Elaine (1996): Family Reunification with high Risk Children: Lessons from research. In: *Children and Youth services Review*. Vol 18, (4/5), S. 403-424
- Francis, Joe; Kendrick, Andrew; Poso, Tanja (2007): On the margin? Residential child care in Scotland and Finland. In: *European Journal of Social Work*. Volume 10, Issue 3. 2007. S.337-352
- Gabriel, Thomas (2001): Forschung zur Heimerziehung Eine vergleichende Bilanzierung in Großbritannien und Deutschland. Juventa: Weinheim
- Gragert, Nicola; van Santen, Eric; Seckinger, Mike (2005): Eltern – die vergessenen Kooperationspartner der stationären Hilfen. In: *Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit*. 36.Jg., Nr.2/2005, Berlin 2005. S.74-86
- Hill, Malcolm (2000) : Inclusiveness in Residential Child Care. In: Chakrabati, Mono; Hill, Malcolm (Hrsg.): *Residential Child Care. International Perspectives on Links with Families and Peers*. Jessica Kingsley Publishers, London.
- Knuth, Nicole (2008): Fremdplatzierungspolitiken. Das System der stationären Jugendhilfe im deutsch-englischen Vergleich. Juventa Weinheim.
- Mamier, Jasmin; Pluto, Liane; van Santen, Eric; Seckinger, Mike; Zink, Gabriela (2003): Hilfen zur Erziehung im europäischen Vergleich. Eine vergleichende Auswertung sozialstaatlicher Reaktionen auf zwei Fallbeispiele aus der Kinder- und Jugendhilfe. München. www.dji.de/jhsw
- McCann, Joanna (2006): Working with Parents whose Children are Looked After. The National Children’s Bureau, London 2006.
- Schleiffer, Roland (2009): Der heimliche Wunsch nach Nähe Bindungstheorie und Heimerziehung. Juventa 4. Auflage

- Scottish Institute for Residential Child Care (SIRCC) (2006): The Contemporary Role and Future Direction of Residential Care for Children and Young People in Scotland. Parliamentary Briefing Paper.
http://www.sircc.strath.ac.uk/publications/papers/SIRCCfinalpositionpaper_June_2006.pdf
[letzter Zugriff: 09.09.2009]
- Social Service Inspectorate (2007): The placement of children aged 12 and under in residential care in Ireland. Report of SSI inspection. No. 3.
- Social Service Inspectorate (o.J.): Information for Parents.
http://www.hiqa.ie/media/pdfs/standards_childpar_parents.pdf [letzter Zugriff: 09.09.2009].
- Social Service Inspectorate (o.J.): Information for Young People.
http://www.hiqa.ie/media/pdfs/standards_childpar_youngpeople.pdf
[letzter Zugriff: 10.09.2008]
- Social Work Children & Families Residential Services.
[http://www.eastdunbarton.gov.uk/Web%20Site/Live/EDWebLive.nsf/40841fd2fca11fe280256a5b0047a5ff/28401e47de8f11e0802575d10031c1f4/\\$FILE/C&F%20If%20your%20child%20is%20looked%20after%20away%20from%20home.pdf](http://www.eastdunbarton.gov.uk/Web%20Site/Live/EDWebLive.nsf/40841fd2fca11fe280256a5b0047a5ff/28401e47de8f11e0802575d10031c1f4/$FILE/C&F%20If%20your%20child%20is%20looked%20after%20away%20from%20home.pdf) [letzter Zugriff: 03.09.2009]
- Stock, Marie H. (2006): Räumliche Gestaltung des therapeutischen Milieus dementiell Erkrankter. Ökologische Gerontologie. Grin Verlag Norderstedt
- The Social Work Services Inspectorate For Scotland (1992): Another kind of home – A review of residential child care. HMSO, Edinburgh.
- Trede, Wolfgang (2008): Residential Child Care in European Countries: Recent Trends. In: Peters, Friedhelm (Hrsg.): Residential Child Care and its alternatives. International Perspectives. Trendham Books, Stoke on Trent, Sterling. S. 21-31

C Conditions, standards and practice of working with parents whose children live in residential or foster care in Scotland

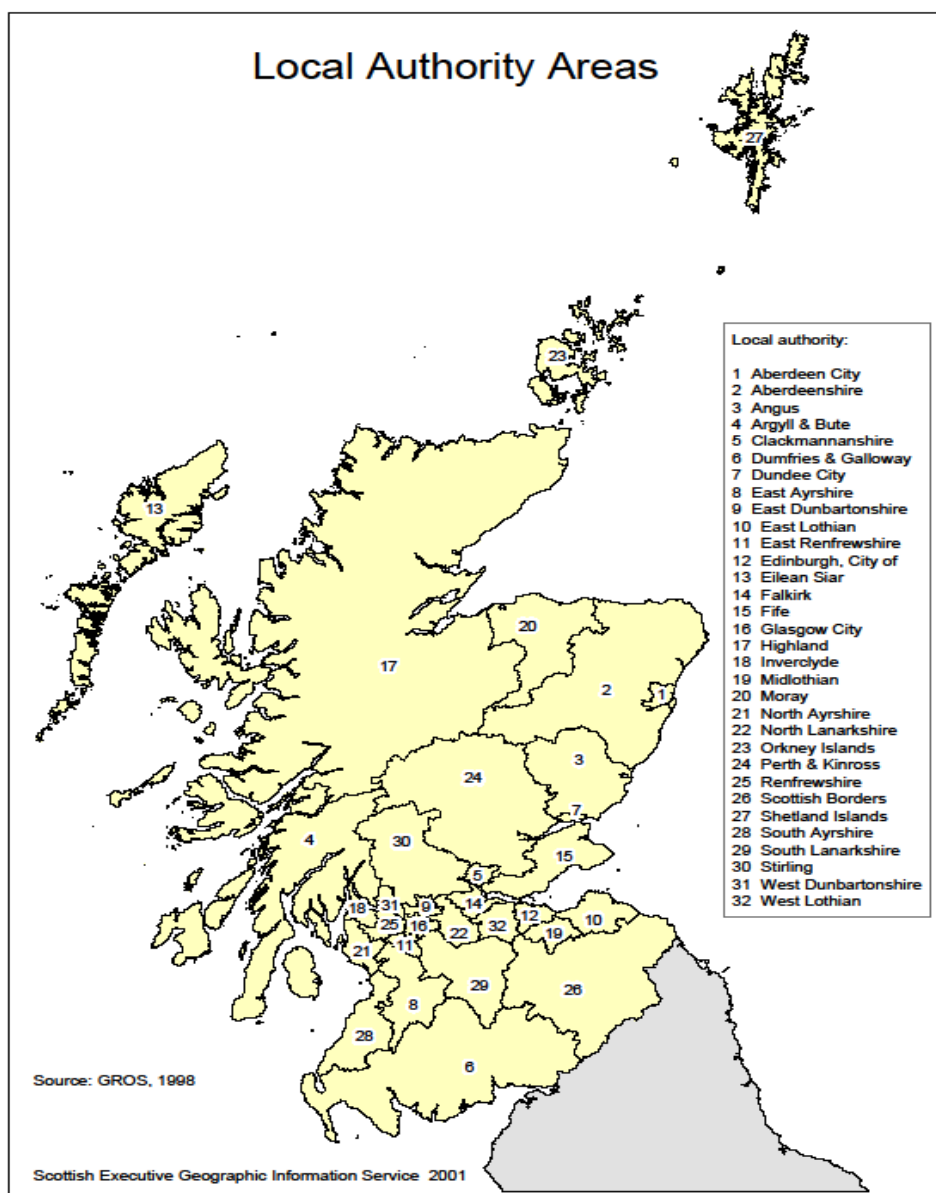
1 Introduction

This paper seeks to describe the provision of care for children and young people in Scotland, and the extent to which parents can be involved in this. Scotland has a total population of 5 144 200 of whom 925 956 are under the age of 16 years-old (Registrar General for Scotland 2007). In Scotland, children and young people who are under compulsory measures of supervision are called 'looked-after children'. Those who live in foster care or residential settings are called 'looked-after and accommodated children'. This legal terminology will be explained further in part 2 of this report. As at 31st March 2008, there were 14,886 looked-after children and young people in Scotland. Of this group:

- 43 % were looked after at home by their parents;
 - 30 % were looked after and accommodated in foster care;
 - 11 % were looked after and accommodated in some type of residential care service;
 - 16 % were looked after in other types of living arrangements (for example with other family members, friends, supported lodgings etc.).
- (Scottish Government 2008a)

2 The legal context

A process of devolution was started for Scotland in 1997 which led to the establishment of a Scottish Parliament, based in Edinburgh, in 1999. The Scotland Act defines devolved powers and those reserved to the UK government at Westminster. Matters where decision-making were devolved to Scotland included social work (Scottish Office 1999). This includes the legal framework relating to children and young people who are in need of substitute care. Scotland is divided into 32 local authority regions. Services to children and young people are delivered through these local authorities. The responsibilities toward children and young people are carried out through social work departments and education providers.



Within the Scottish legislative framework, the main piece of legislation relating to the care of children is the Children (Scotland) Act 1995. The Children (Scotland) Act 1995 adopted the principles of the UN Convention on the Rights of the Child. The 1995 Act adopted the term 'looked after' rather than the traditional expression 'in care' which was thought to have become pejorative and stigmatising. However, the older term continues in common use and is often preferred by some young people and their parents. This is because the term 'looked after' is sometimes confusing and can sound as if a value judgement is being made about a child's welfare or home circumstances. The 1995 Act places a general responsibility on local authorities to maintain children within the family.

Section 22: A local authority shall ‘safeguard and promote the welfare of children in their area who are in need; and so far as is consistent with this duty, promote the upbringing of such children by their families...services may include giving assistance in kind, or in exceptional circumstances, in cash.’

Within the 1995 act, the majority of children and young people who are considered to be *looked after* will be addressed by one of the following two sections of the law:

Section 25: This section is a voluntary agreement and imposes a duty on local authorities to provide accommodation outwith the family home for children under the following three circumstances:

- 1) No one has parental responsibility for them
- 2) They are lost or abandoned
- 3) The person who has been caring for them is prevented from providing suitable accommodation or care

Section 70: This section covers the decision to make a compulsory supervision requirement by a Children's Hearing. There are 2 main subsections:

Section 70(1): The supervision requirement would, in most circumstances, stipulate that the child continues to reside in the family home. The child would be deemed to be looked after at home.

Section 70(3): The supervision requirement would require the child to reside outwith their normal place of residence in, for example, a foster care placement, a children's home, a residential school, a secure unit or a kinship placement. This child would be deemed to be looked after away from home.

The most distinctive aspect of the legal system concerning children in Scotland is the Children's Hearing System (CHS). It is through this route that most children and young people will find themselves in residential or foster care. The CHS is unique to Scotland. In 1961, a committee was appointed by the UK Parliament ‘to consider the provisions of the law of Scotland relating to the treatment of juvenile delinquents and juveniles in need of care or protection or beyond parental control’ (Kilbrandon 1964, p. 3). The Kilbrandon Report affected profoundly the way in which children's problems are approached in Scotland. In its conclusions, the committee set out the principles which underpinned the establishment of the CHS.

The key principles underlying the committee's proposals were the use of a lay panel to reach decisions on treatment; the recognition of the needs of

the child as being the first and primary consideration; the vital role of the family in tackling children's problems; and the adoption of a preventive and educational approach to these problems. Nearly all of the recommendations of the Kilbrandon Report were enacted in the Social Work (Scotland) Act 1968, and its subsequent piece of legislation, the Children (Scotland) Act 1995.

The CHS was set up to adopt a holistic approach to the child. The CHS deals with the circumstances of children under 16 years-old who can be offenders, or who are in need of care and protection. In the eyes of the CHS, there is no distinction. The CHS deals with juvenile justice and children's welfare. On first introduction, this system predominantly dealt with criminal cases. However, over the years this has changed to dealing mainly with child protection issues as the reporting of such cases has vastly increased. For example in the latest CHS annual report, 56 199 children and young people were referred. There were 44 629 children referred on care and protection grounds and 16 490 on offence grounds. 4 290 children were referred on both types of grounds (non-offence and offence) and are included in the figures (Scottish Government 2007a). The only children and young people who do not appear before the CHS due to their offending behaviour are those who commit extremely serious crimes like murder or rape. These children are tried in the court system and can be sentenced to a period of time in a secure unit, under section 205 or 208 of the Criminal Procedure (Scotland) Act 1995.

Decisions in the CHS are made by three panel members drawn from the local children's panel. The child, the parents and relevant professionals attend the hearing, and panel members discuss the circumstances of the child with them. The hearing will decide whether compulsory measures of supervision are required and, if so, what these should be. Decisions are made in the hearing itself, in front of the child and parents/carers. It is within this forum that decisions will be made about whether a child should go into residential or foster care. In theory, this should mean that parents are seen as partners in decision-making about their children. In reality, however, research demonstrates that children, young people and parents find that the hearing itself can be too formal and can inhibit true exchange of information (NCH Scotland 2004). In Scotland, there is an absence of research which has parental experiences of the CHS as its focus. Only two studies have actively sought parental views (Petch 1998; Waterhouse and McGhee 2002). These studies found that parents were somewhat intimidated by the system and also that compulsory measures of supervision were often used for resource acquisition. Compulsion as a gatekeeping mechanism may allow for the targeting of scarce resources to those children perceived to be most in need; but this may be at the cost of increasing state intervention in the lives of some families and decreasing access to resources for others.

When the Children (Scotland) Act 1995 was introduced, the language of the act was changed to emphasise the role of parents in the lives of their children. In particular, there was a shift toward talking about parental responsibilities. Sections 1 and 2 of the Children (Scotland) Act 1995 set out, in general terms, the responsibilities and rights of a parent in relation to their child. These responsibilities and rights are largely interdependent; parental rights exist to enable parents to fulfil their responsibilities. The parent has the *responsibility* to safeguard the child's health, development and welfare and the accompanying *right* to have the child living with him or her, or otherwise to regulate the child's residence; the parent has the *responsibility* to provide direction and guidance to the child and the *right* to control, direct or guide the child's upbringing. Crucially, for those children who are in foster or residential care, the parent has both the *responsibility* and the *right* to maintain personal relations and direct contact with the child on a regular basis. The notion of residential staff and foster carers working in partnership with parents is central to the guidance which accompanies the Children (Scotland) Act 1995. The word 'partnership' is not given explicit legal status in the legislation itself but the accompanying guidance emphasises the importance of contact between looked-after and accommodated children and their parents. This is seen in the following section of the guidance:

Local authorities have a statutory duty to promote regular and direct contact between a child who is looked after and any person with parental responsibilities, so far as is practicable, appropriate and consistent with the duty to safeguard the child's welfare (Scottish Office, 1997 p. 1)

The guidance lays out the types of parental involvement which should be actively encouraged by the local authority. Some examples are:

- Provision of written as well as verbal information at every stage of the looking after process;
- Allowing the maximum amount of participation by parents in decision making, that is consistent with their child's welfare;
- Meetings should be accessible and comprehensible to parents;
- Social workers need to provide a regular, consistent, and reliable service to parents that does not just focus on planning meetings such child care reviews;
- Parents may wish or be encouraged to contribute towards their child's care in practical ways. For instance feeding a child or putting him or her to bed if such events occur during a contact visit, shopping for clothes or attending school parents' evenings;
- Parents will often wish to be consulted about certain aspects of their child's care even if they do not intend to be directly involved, e.g change of hairstyle.

(Scottish Office 1997, p. 7-8)

In a small number of cases, courts decide that children in care need protection from their parents even during relatively short visits. Such protection may be required because the parents will seek to deliberately mis-treat the child. Sometimes children and young people also need protection from a parent who may mean no harm but whose emotional or psychological state means that they may provoke stress or distress in the child by the way in which they behave or the things they say. If there is a need to protect children, the courts or the CHS may determine that conditions are applied to visits by parents, and these conditions may include the provision that the parent should have no unsupervised access to the child.

Every child who is looked after by the local authority must have a care plan. The child, the parents and the prospective carers (if the child will be living away from home) are involved in producing the care plan. The care plan should be clear and easy to understand and the local authority should ensure that everyone affected by it understands what it means. Children and parents should be given copies of the plan. The role of parents in the care planning process is explicit in the guidance accompanying the act, as can be seen below:

Arrangements to look after a child should be made in writing and agreed with a person with parental responsibility for the child or, if there is no one with parental responsibility, the person who has care and control of the child at the time the arrangement commences. Where a child is looked after because he or she is subject to a supervision requirement...the parents or carers will have no choice about whether or not their child is looked after. However, this should not preclude trying to reach agreements with parents or carers about the ways in which the requirement...and any conditions imposed by the children's hearing or sheriff, are put into effect. (Scottish Office 1997, p. 3)

There is a statutory requirement to review the care plan for looked-after children. This is called the LAC (Looked After Children) Review. Such reviews should be held 6 weeks after the young person has been received into care, then within three months and thereafter every 6 months. The review should ensure that the package of care is appropriate to meet the child's needs.

Children and parents are invited to the review. However, some children and some parents may find it difficult either to attend their review or to express their views. With this in mind, a set of forms called the *Looking After Children* materials were developed to encourage fuller participation by parents and children. Young people can have the opportunity to have their views expressed by completing the *Having your Say* form prior to the review. An evaluation of the system by Wheelaghan et al. (1999) found that while the LAC materials helped children to participate, they were not particularly helpful for parents. An audit of the use of the LAC materials (Scottish Ex-

ecutive 2004) found that while there was a mechanism for parents to be included through the use of the *Parent Report* form, these were completed in only 20 per cent of cases. It was also noted that the 'family and social relationships' part of the social worker's *Assessment and Action* report was only completed in 13 per cent of cases. These statistics point to a system which, on paper, supports the involvement of parents in decision-making but which, in practice, is not used effectively.

When the child is placed outside of their own family, the legislation indicates that the local authority is merely providing 'accommodation' and not seeking to replace the parent. Of course, there are always going to be a few children who need some degree of continuing protection from their parents and with whom partnerships with the residential workers or foster carers would be limited. Some children need to be found a permanent alternative family for long-term care, although researchers such as Triseliotis, Borland and Hill (2000) emphasise the importance of continuing contact with the birth family through 'open' fostering, and indeed 'open' adoption. The legislative context emphasises the role of the parent.

The Regulation of Care (Scotland) Act 2001 is also explicit about the involvement of parents. This act came into force in Scotland in 2002. It set up two new statutory bodies called the Scottish Commission for the Regulation of Care (SCRC) and the Scottish Social Services Council (SSSC). The SCRC registers and inspects care services including residential services and foster care. Care services are inspected using the National Care Standards (NCS) which are approved by the Scottish Government. Residential care and foster care each have a separate set of standards against which they are inspected (Scottish Executive, 2005a and 2005b). The National Care Standards are explicit about the need for services to involve parents. The sections referring to these responsibilities are contained in the textbox. The SSSC is responsible for the registration of care workers and the regulation of their training. In order to be registered with the SSSC, care workers have to adhere to the Code of Practice (SSSC, 2005). While the Code of Practice does not mention parents explicitly, section one of the Code is clear about the involvement of significant others in maintaining the rights and individuality of service users. Section one is also reproduced in the textbox.

National Care Standards: Foster care and family placement services

Standard 2: You can be confident that the agency contributes to the provision of good quality care for you.

1. The agency makes sure that, wherever possible, you and your family have the opportunity to visit and to meet the foster carer and their family in their home before you begin your placement. Information is shared about your preferences and routines and any special needs you may have.
4. You know that the agency has arrangements in place to make sure that there are appropriate links between you, your foster family and your birth family.
5. You know that the agency monitors your foster carer's ability to help you to keep up family contacts, and friendships, as set out in your care plan, and that it respects and responds to your family's need for information and support and supports your foster carer when necessary.

National Care Standards: Care homes for children and young people

Standard 3: You are helped to keep in touch with your family and friends and to have a good understanding of your family history and relationships.

1. You are helped to keep in contact with parents, brothers and sisters, friends or carers and other people who are important in your life. This has to be in line with your wishes and to be in your best interests.
This may be by e-mail, letters and phone calls and visits.
2. If you are a long way from your home area, staff will help to arrange accommodation and transport for your family.
- 3). Your family is made to feel welcome and any special facilities they need are provided. Family visits to the care home can be made in private.
5. You can be confident that staff treat your family with respect and listen to their views. Family members can speak with staff in private.

Codes of Practice for Social Service Employees

Section one: As a social service worker, you must protect the rights and promote the interests of service users and carers.

This includes:

- 1.1 Treating each person as an individual
- 1.2 Respecting and, where appropriate, promoting the individual views and wishes of both service users and carers
- 1.3 Supporting service users' rights to control their lives and make informed choices about the services they receive
- 1.4 Respecting and maintaining the dignity and privacy of service users
- 1.5 Promoting equal opportunities for service users and carers
- 1.6 Respecting diversity and different cultures and values.

Finally, Scotland also has a number of policy documents which should have an impact on the delivery of care services for children. The first of these was the review of residential child care in Scotland, which was published in 1992 (Skinner 1992). This report identified certain key principles, one of which was working in partnership with parents.

Their parents' rights to be respected and, wherever possible, their parents involvement as partners in the care provided...Young people and children in residential homes and schools should be cared for in ways which maximise opportunities for parents continued involvement, and for care to be provided in the context of a partnership with parents. (Skinner 1992, sections 1.33 and 3.6)

The second important policy document is *Getting it right for every child* (Scottish Government 2008b). It encourages action to improve the well-being of all children and young people whatever their needs, and is underpinned by a

model of practice that can be applied in all services and by shared principles and values. The approach has at its heart eight indicators of well-being: healthy, achieving, nurtured, active, respected, responsible, included and, above all, safe. In supporting their well-being we ensure all children and young people grow and develop and reach their full potential; to become successful learners, confident individuals, effective contributors and responsible citizens. The indicators are incorporated into the *Getting it right for every child* (GIRFEC) practice model, which all practitioners can use in single agencies or on a multi-agency basis to assess, plan and take action to promote children's well-being. The document is explicit about involving families in the lives of their children. The quote below is taken from the values and principles which underpin the GIRFEC approach:

Working in partnership with families: supporting, wherever possible, those who know the child or young person well, know what they need, what works well for them and what may not be helpful. (Scottish Government 2008a, p. 17)

The third main policy document is *Looked after children and young people; We can and must do better* (Scottish Government 2007b). This report considered what was required to improve educational and other life outcomes for Scotland's looked-after children, young people and care leavers. It discusses the need for clarification of the role of the local authority as 'corporate parent.' It identifies parents within its action points as follows:

Action 6: We will improve training for parents, foster carers, residential workers, teachers - including teachers in training - social workers, health workers and appointed lead professionals. Parents, foster carers, residential workers, teachers, educational psychologists, social workers, health workers, appointed lead person and/or other relevant workers do not always feel equipped to provide the appropriate support and encouragement to our looked after children and young people (Scottish Government 2007b, p. 14-15).

Thus, while the parent is acknowledged in policy and legislation, this does not reflect the actual practice of working with parents and involving them in the care of their children. Some of the discourses surrounding residential and foster care, and the ways in which they interplay with discourses of parenting in Scotland will be discussed later in the paper.

3 Residential child care and foster care in Scotland

The latest figures indicate that there are 81 organisations providing residential child care in Scotland. These organisations run a total of 250 separate establishments. Of these 250 establishments, 55 (22 %) are schools, 156 (62,4 %) are care homes and there are 39 (15,6 %) other establishments providing diverse services. The database of the Scottish Institute for Residential Child Care, the only one of its kind in Britain, holds information on every residential unit in Scotland. It categorises 14 different types of residential provision, ranging from 'mainstream' children's homes, to residential schools, to specialist disability services, to secure units. Some are long-term units and some offer a very short-term service. Others focus purely on 'short break' or respite provision. Some are highly therapeutic in orientation; others are more informal in their approach. Some will provide beds for one or two children; others will be large-scale units (mostly residential schools) which provide places for 40 or more young people.

In addition to residential child care provision, there are around 2,500 foster carers in Scotland. Fostering is the process whereby children are placed with families other than their own on a short-term or long-term basis. Fostering is often a temporary arrangement and many fostered children continue to have contact with their own families and will eventually return to them, although some children may eventually be adopted – either by their foster carer or by another family. Some foster carers offer emergency care at very short notice.

Anyone can apply to be a foster carer if they feel that they would be able to look after a child. There are no upper or lower age limits and single people (whatever their sexual orientation) can foster as well as married or unmarried heterosexual couples.

Most fostered children are looked after by local authority foster carers. These are people who have applied to the local authority or to a voluntary organisation which looks after children to become a foster carer. Once the carer has been approved, the local authority or voluntary organisation will place children with her or him.

A local authority may only place children with approved foster carers. Prospective foster carers will participate in a rigorous assessment process which will take at least six months. Local authorities use fostering panels to approve applicants. If the applicant is married, or if care is to be shared by two people, both will be assessed. As part of the approval process, applicants will need to provide two referees, and agree to medical and criminal records check on themselves and all members of their household who are over 18.

Once a foster carer has been approved, he or she enters into an agreement with the local authority. This agreement includes details of the support and training to be given to the carer by the local authority and arrangements for the child to have contact with family members. It should also outline any fee to be paid. The Fostering Network recommends that a weekly fee of between £118 and £198 per child should be paid to foster carers. In their latest survey of fees, however, they discovered that only 17 of the 32 local authorities were paying this recommended fee and that almost 50 % of foster carers received no fee for providing the service (The Fostering Network 2008). The concept of 'voluntarism' is very strong in this area, as opposed to the concept of 'professionalism.'

The carer must agree to treat the child as if he or she were a member of the carer's family and not to administer corporal punishment to the child. In turn, the local authority must provide the carer with detailed information about the child, including her or his personal history, health and educational needs and also the support that will be provided to foster carers.

A substantial element of the work of foster carers involves maintaining links with birth families, through facilitating contact and supporting the child. This means that carers need skills in working with adults as well as children. However, while the training of residential child care workers has moved up the political agenda in recent years, the training of foster carers is still deemed to be inadequate. Traditionally, local authorities are the major providers of fostering services. However, the voluntary sector has made a small but significant contribution to the development of fostering services in the last thirty years. Local authorities provide 91 per cent of all foster placements, the voluntary sector provide six per cent and the independent fostering agencies provide three per cent (The Fostering Network 2004).

When children are being placed in substitute care, legislation, guidance and policy presumes in favour of a placement with a foster family. This is especially true of younger children. Research by Kendrick (1995) looked at the policies guiding the placement priorities for three Scottish local authority areas. He found that, from a list of over a dozen statements of principle, four encapsulate policies relating to reception into care and placements. The policies of the three regional Social Work Departments in the study reflected these priorities in their child care policies:

- services should be directed towards supporting and helping the family as a unit to prevent the need for children to be received into care;
- if a child is to be received into care a family setting is preferable unless a comprehensive assessment indicates that this is contrary to the child's best interests;
- reception into care should be planned and should be part of a longer term plan to return the child home;

- if a return home does not prove to be a viable option, the child should be provided with permanent substitute family (i.e. long-term fostering or adoptive) care

The result of this is that group care placements tend to have older children, usually from the age of 12 to 18 years-old. Foster families tend to have younger children and sibling groups. The preference for placement in families has led to residential care being seen as a last resort in Scotland. Milligan and Stevens (2006) commented that anti-residential sentiments are not helpful for children and young people, nor for the staff working in residential centres. This kind of trend is not only found in Scotland. Gottesman (1991) in a review of the development of residential services across Europe noted that the accounts from 22 countries

testify to two almost parallel processes: on the one hand during the last quarter of a century residential care worldwide has changed in almost all respects, mostly for the better; on the other, seemingly independent of this progress and quite paradoxically, the reservations, antagonisms and even hostility to residential care have grown markedly during the past few years (Gottesman 1991, p. viii).

Jack (1999) asks commentators to beware the dangers of over-simplistic or 'dualistic' thinking which labels any form of group care as 'bad' and any form of community-based or family-based care as 'good'. The extensive closure of residential units across Scotland in the 1980s gave out a clear message that residential care was the place of last resort, and those who maintained a 'belief' in the value of residential care were very much on the defensive. By the late 1980s some voices were questioning the dominant view, recognising that it was damaging to the residential provision that remained. The Skinner report (1992) challenged the anti-residential view by referring to residential care as *Another Kind of Home*. The Skinner Report explicitly challenged the view that residential care should be a last resort and proclaimed that it should be a positive choice.

In Scotland, as in much of Europe, there has been an emphasis on moving from a narrowly child-centred to a more 'child and family-centred' approach to residential care (Villiotti 1995). Although their primary responsibility remains the rights, health and development of the child, residential staff and foster carers have been expected to engage with the child *and* their family, especially their parents. This trend has been particularly strong since the passing of the Children (Scotland) Act 1995. The UNCRC also strongly emphasises the child's right to a family life, and the right of separated children to have continuing contact with both parents.

When a social worker begins to work with a child, they naturally engage with the parents as well as the child and will often conduct the bulk of their casework in the family home. However the focus of the residential worker or the foster carer is quite different, based as they are in a residential unit or in a family setting which is separate from the child's birth family and the

parents are at a distance. Nevertheless residential workers and foster carers may have a significant amount of contact with parents. This can be during visits to the unit or foster family by parents, or when taking children on home visits. The development of such relationships can be affected by the issue of placement stability. Figures indicate that it is not unusual for looked-after children to experience three placements in the course of a year (DfES 2006). As well as emotional stressors, frequent placement movement may also impose a whole range of other changes, including separation from parents. Many of these changes may cause distress to children and parents. Another factor which should be taken into account when examining parental involvement is the number of crisis/emergency placements which a foster family or residential unit must cope with. Milligan et al. (2006) carried out a national survey, based on a sample of local authorities. This research collected data on all admissions in a six-month period to 22 children's homes in six local authorities in Scotland. In general terms the findings showed that residential care was still heavily in demand and that it was used for a wide variety of purposes. However, it was also clear that there was a great deal of unplanned or emergency placement and that some homes were being used to cater for all kinds of admissions, both very short and long-term. This raises questions about the demands placed on staff to establish and maintain relationships with parents, when they have a succession of children who are placed for very short periods of time. For example, out of a total of 88 discharged children, a total of 17 children were placed for a day or night or less. Many of these would be the young children who were then moved on quickly to a foster placement or perhaps back home. Over half of all the admissions were unplanned or emergency admissions.

In Scotland, a situation seems to have evolved where social workers are reluctant to make planned use of residential or foster placements, even when families are in severe difficulty and the social worker may suspect that an admission to care will become a necessity. However, whether because of a shortage of places or perhaps the idea that an admission to care represents some kind of failure, the end result is that admissions do take place but on an unplanned basis. Interestingly, the survey also found that 18 per cent of all admissions to residential care were from foster care.

4 Parents, partnership and substitute care in Scotland

Since the early 1990s social work policy and practice in Scotland has emphasised a *partnership* approach between social workers, residential staff, foster carers, parents and children. When applied to children who are looked after and accommodated this has led to a drive to maximise the *par-*

ticipation of parents in the care of their children. This is achieved by communication, contact and participation in decision-making. This has led to an increased amount of communication between residential staff, foster carers and parents. However it is not just communication - parental contact and involvement in their children's care is strongly encouraged in most cases, unless there has been abuse of the child. This contemporary emphasis is laudable but is at odds with historical perspectives of partnerships with parents of children in substitute care. In the past, residential workers and foster carers were neither expected, nor trained, to have any role in terms of family work. Even after the changes to social work services in Scotland in the 1970s when large numbers of community-based social workers were appointed to work with families, and there was an emphasis on speedier rehabilitation, there was still an explicit division of labour; the residential workers or foster carers focussed on the child while the social worker worked with the family and took overall responsibility for the 'case'.

By the 1990s the situation had improved and according to Hill (2000) various research studies indicated that most parents felt welcomed into residential units and were satisfied with the amount of contact they had. Kendrick (2005) examined a number of studies which addressed the issue of parental contact. This demonstrated that while a significant minority of children had little or no contact with their parents, the majority of children had regular contact and that this appeared to increase with length of placement. He also noted a UK study by Bilson and Barker (1995) which found that children in residential care had higher levels of parental contact than children in foster care. However Hill claims that although progress in this area has been made it has been *uneven*, and he considers that the most important factor in implementing a partnership approach is a *persistent orientation by staff towards parents and other significant family members* (Hill 2000, p. 59-60).

Partnership with parents should go far beyond a simple recognition of their continuing significance to the child. It should be an approach which seeks to support the parent so that they are involved as much as possible in care practice and in the decision-making process. However, there can be challenges to this. For example, the issue of the amount of physical space required to facilitate good practice with parents is one that raises an issue of competing priorities and principles. As Milligan and Stevens (2006) point out, residential units in Scotland have continued to become smaller, in order that units look like 'normal' homes and blend into their residential neighbourhoods. However partnership with parents requires that units have a second sitting-room where parents can visit with their child, or talk to staff in private, and bedrooms that are large enough for parents and children to talk together. During the 1980s in the era of larger homes it was possible to give over an 'upstairs flat', or sometimes staff accommodation, for visiting families. It is especially important, if a unit is used to house

children and young people at a considerable distance from their home, that overnight accommodation is available for visiting parents and family members. Failure to provide this kind of facility critically undermines a central feature of residential care. With the move toward smaller units in Scotland, the ability to provide the practical support needed for parents to maintain contact with their children is undermined.

The fundamental understanding that should inform the priority given to working with parents is the fact that parental relationships remain important for a child 'in care'. Ainsworth summarises it well when he says that *The biological family by linking a person to the past and the future provides a source of individual identity, a sense of personal security, and a cultural heritage.* (Ainsworth 1997, p. 15) This remains true even where children have been subjected to neglect and abuse. Another point for practitioners to keep in mind is the reality that many children who are separated from their parents in their younger life choose to go home when they are no longer in care. Bullock, Little and Millham (1993) found that 82 % of their sample of 450 children had returned to their families within five years of being accommodated.

Children themselves seem to confirm this priority. It might be expected that they would be ambivalent about contact with their families given the problems that have led to them being in residential or foster care. While it is true that relationships are often troubled, one Scottish study of children in residential care discovered that children valued the preservation of links with family, and friends (Scottish Commission for the Regulation of Care 2004). The children involved in the study were asked to vote for their most important Care Standard. They chose *keeping in touch with people who are important to you* (Standard 3), as of equal top importance with *feeling safe and secure* (Standard 6).

5 Attitudes to parents

It is important to recognise that the issue of *attitudes* towards parents, and the potential to develop a role in family work for residential staff and foster carers, has been on the agenda for a long time, as this quotation from the mid-1960s demonstrates:

Our attitude to parents has altered over the years too. A residential worker must at every opportunity look inwards and question her own motives and feelings. Who are we to judge these parents and resent their right to see their child? (...) We now know that however bad (sic) the home is, it is the desire of the majority of children to go back there. I believe it should be part of our mandate to talk to and get to know the parents and so help in eventual rehabilitation, for we are the Child Care Officers who really know what it is like to live with John and Mary. (Gaskell 1965: 36-7)

Ryburn (1994) reported that parents of looked-after children often experience discrimination that undermines their intention to maintain contact with their children and to have a meaningful role in their lives. Pilkington (2005) carried out a comparative analysis of the experiences of 30 residential workers, 30 social workers and 30 parents whose children were being looked after away from home. He found that a productive and empathetic relationship between a residential worker and a parent requires the former to be willing to separate out how the parent presents and what they may be feeling (Pilkington 2005). Some parents have an 'angry' disposition and have a tendency to confront professionals involved in the care of their child. Their aggression may stem from a feeling that their understanding of their child is not being fully considered and they may object to their 'knowledge' being ignored or questioned. However their level of aggression may be an indicator of their frustration with the system rather than the unit itself. Their anger may also be bound up with feelings of inadequacy, frustration and helplessness. This echoed the findings of Gascoigne (1995) who pointed out in terms of the relationships between teachers and parents of children with learning disabilities, if professionals are not able to acknowledge and attempt to understand parental feelings and only respond to the surface behaviour, then the risk of the partnership arrangements breaking down are high.

Pilkington also found that some parents may present as quite distant or 'uncaring' about their child. In terms of issues such as poverty, chaotic family life, substance misuse, domestic violence etc, the difficulties that parents themselves may be experiencing are often so significant that they can appear to have little time for their child's difficulties. In this situation the way in which the parent presents themselves may be seen by professionals as a causative factor in their child's difficulties. In some cases this will be so; however many parents may simply be overwhelmed or afraid of the social work system, or have such low expectations of what the system can offer them or their child. Such people may not wish to work in collaboration and feel that there is no point in actively engaging with professionals. There are other parents who seem to be willing to go along with almost anything that professionals suggest; the acquiescent or submissive parent. In a sense these are an 'easy' group to work with as they readily comply with requests though they rarely offer their opinions spontaneously. This does not mean that they do not have opinions. Social workers, residential staff and foster carers may have to make the effort to go beyond this acquiescent relationship which may be based on the fact that the parent has lost confidence in their own contribution to the child's welfare.

In all of these different situations, foster carers and residential staff need to proceed with an openness and respect which indicates acceptance of what a parent might be saying. They also need an understanding that the parent of a looked-after child is likely to be experiencing a cauldron of

emotions and so it is vital to look beyond the immediate behaviour and to consider how they may be feeling. It is important to acknowledge, however, that attitudes do not form in a vacuum. Pilkington pointed out that the attitudes toward the parents of looked-after children have their roots in the ideologies which underpinned thinking about poverty in Scotland. He found that parents whose children experience residential or foster care continue to be thought of as 'deviant' or 'unfit'. This serves to characterise them as limited in their capabilities which, in turn, justifies actions which consciously or unconsciously exclude them from planning or sharing the care of their children. Both social workers and residential staff expressed very negative opinions about the perceived parenting skills and attitudes of parents with children in care. As one social worker commented:

Parents of children in care are on the whole neglectful, provide poor nutrition and hygiene standards

Similarly one residential worker commented:

A lot of parents don't seem that bothered that we have taken over the care of their child.

Judgments like these appear to be widespread and will affect whether or not a parent is welcomed into the planning and caring process for their child.

In relation to children and young people who offend, Buist, Whyte and Hill (2004) in their review of evidence into participation in decision making suggest that the absence of collaboration with parents tends to have a negative impact on the success rate of interventions involving children and young people who come into care because they offend. They also acknowledge that there is limited research on the effectiveness of parental participation in decision-making.

6 Examples of practice in maintaining contact

6.1 Supervised contact

Foster carers and residential units are encouraged to help parents maintain contact with their children. However, as we have seen, the reality is that this can be difficult to achieve. This is especially true where a child or young person is not allowed to have unsupervised access. There are a variety of ways and locations in which contact between parents and children may be supervised. Sometimes children and parents may be taken by social services staff to a specially designated 'contact' centre or place with comfortable rooms, tea and coffee facilities and sometimes toys and games. In these places there will be regular staff whose job it is to stay with the parent(s) and child while contact is taking place. They will keep the interactions and conversations of the parent and children under direct observation. They will be expected to intervene if they feel that the actions of the parent are inap-

appropriate. This kind of direct physical supervision of contacts between parent and child can also take place in the residential unit and in these circumstances it often falls to the residential worker to undertake the supervision. Milligan and Stevens (2006) state that this can be an uncomfortable role as workers may naturally have some sense of discomfort at intruding on private conversations of the most personal kind. Even if they have concerns about the possible harm the parent may do to the child, most residential workers are likely to feel sorry for a parent who finds that their greetings, hugs and intimacies with their child are being watched by another.

6.2 Family group conferencing

Family Group Conferencing (FGC) is also gaining credence in Scotland. FGC is a method for decision making which places the responsibility for decisions with the family rather than with a social worker. Generally in FGC, the social worker provides relevant information then the family have 'private family time' to consider the situation and draw up a plan. It can be applied in a range of contexts and was first developed in the 1980s to deal with juvenile justice in New Zealand.

In Scotland, FGC is advocated by the voluntary organisation *Children 1st*. The organisation currently works with 15 local authorities to provide FGC services. There are also two local authorities who run their own FGC service: City of Edinburgh Council and Inverclyde Council. Barnsdale and Walker (2007) in their review of FGC found that it seems to be successful in a procedural sense. That is, families felt more involved in the decision-making process. However, they found little research on the long term outcomes of FGC. The studies which have looked at outcomes suggest that there is a wide variation in whether plans are actually implemented. FGC can improve relations within a family. They found that FGC was used widely for children away from home or being considered for a care placement. In some instances family members were able to offer children a home. In others, FGC resulted in contact arrangements which allowed children to have a continuing sense of belonging to a family, even if they remained in a care placement. Both outcomes were acknowledged as potentially extremely beneficial for children.

The usual arrangement is that a family meeting takes place following a preparation period of 4-6 weeks during which an independent co-ordinator speaks with key relatives and friends identified by parents and children and invites them to the family meeting. The aim of the preparation time is to give participants an opportunity to hear about the problems and begin to think about how they might contribute to the solution. The conference itself is usually in three parts:

- 1) an information sharing session in which the social worker and other professionals outline the reasons for the meeting and decisions to be

- made, while also providing any information the family needs to make a plan;
- 2) private family time during which family members meet on their own and work out a plan;
 - 3) the plan is discussed and agreed by family members and professionals.

6.3 Parenting orders

Compulsory parenting orders represent a new development in the relationship between the state and parents. This is in response to a political perception that something must be done about young people who present with anti-social behaviour and are taken into care for offending behaviour. Parenting orders introduced compulsory measures designed to support people to improve their parenting where they have been identified as needing help with their parenting skills. Part 9 of the Antisocial Behaviour (Scotland) Act 2004 makes provision for parenting orders. A parenting order directs the parent as to how he or she should behave in respect of their child. It will require the parent to undertake certain actions which should lead to improvements in reducing the offending or antisocial behaviour of their child or improve the welfare of the child. The parent could, for example be required to:

- Attend a support service for a set period to address relevant problems, such as drug or alcohol misuse; or
- Participate in a recognised parenting programme.

While there is limited evidence available on the impact of compelling parental participation in programmes, conclusions from an initial evaluation in England (Ghate and Ramella 2002) suggest that short-term programmes aimed at parents, while having some benefits, were thought unlikely to have much immediate impact on young people's behaviour.

6.4 Life story work

Life story work helps children and young people to make sense of their past and to gain an understanding of the present. The process involves one-to-one work with the child and their residential keyworker or foster carer. It gives the child or young person a way to understand their family connections and provides a platform for contact with parents, especially in circumstances where the child cannot return home.

6.5 Stepdown

Stepdown is a throughcare service which offers support to young people when they are leaving secure care in Scotland. It is offered by a voluntary

organisation and was set up following the report of poor care-leaving services from the Office of the Children's Commissioner for Scotland (Scottish Commissioner for Children and Young People 2008). Stepdown provides a range of direct supports to young people but it also provides parenting classes for those parents who have been separated from their children for a long time due to the judicial or care process. The aim of such a service is to help parents to re-establish their relationships with children from whom they have been separated.

6.6 Training and qualifications

The Scottish Institute for Residential Child Care has recognised that there is a need to provide some training for residential and foster carers on working with parents. To this end, two short specialist training courses are offered by the Institute. These are *Working in Partnership with Parents* and *Working in Partnership with the Parents of Disabled Children*. These courses are offered free of charge but uptake is on a voluntary basis. Similarly, voluntary organisations such as The Fostering Network provide a range of optional training courses for foster carers. Local authorities provide training for foster carers. It should be noted, however, that there is no compulsory requirement for foster carers to have particular qualifications, unlike residential child care workers. Given that training and qualifications could highlight the importance of parental involvement, this is a missed opportunity.

These examples are illustrative of some of the initiatives taking place in Scotland at the moment to try and improve parental involvement with the care of their children. It would have to be stated, however, that there is no coordinated approach to ensuring parental involvement.

7 Conclusion

This paper has set out to describe some of the issues around working with the parents of looked-after children and young people in Scotland. It appears from the review of legislation, policy, research and statistics that there is some way to go before the rhetoric of partnership with parents in Scotland becomes a reality.

8 References

- Ainsworth, F. (1997). *Family-Centred Group Care: model building*. Aldershot: Ashgate.
- Antisocial Behaviour (Scotland) Act 2004 last accessed on 1 January 2009 at www.opsi.gov.uk/legislation/scotland/acts2004/asp_20040008_en_1
- Barnsdale and Walker, 2007: *Examining the use and impact of family group conferencing*. Edinburgh: Scottish Government.)
- Bilson, A. and Barker, R. (1995) Parental contact with children fostered and in residential care after the Children Act 1989. *British Journal of Social Work*, 25(3), 367-381.
- Buist, M., Whyte, B. and Hill, M. (2004). *International evidence about decision making and services for children and young people involved in offending*. Edinburgh: Criminal Justice Social Work Development Centre for Scotland.
- Bullock, R., Little, M. and Millham, S. (1993). *Going Home*. Aldershot: Dartmouth.
- Children (Scotland) Act 1995 last accessed on 1 January 2009 at www.opsi.gov.uk/ACTS/acts1995/ukpga_19950036_en_1
- Criminal Procedure (Scotland) Act 1995 last accessed on 1 January 2009 at www.opsi.gov.uk/Acts/acts1995/ukpga_19950046_en_1
- Department for Education and Skills (2006). *Statistics of Education: Children Looked After by Local Authorities Year Ending 31 March 2005 Volume 1: National Tables*. London: HMSO.
- Gascoigne, E. (1995). *Working with parents as partners in SEN*. London: David Fulton.
- Gaskell, M. (1965). *The residential worker, in Change and the Child in Care, the Annual Review of the Residential Child Care Association*. London: RCCA.
- Ghate, D. & Ramella, M. (2002). *Positive Parenting: The National Evaluation of the Youth Justice Board's Parenting Programme*. London: Policy Research Bureau.
- Gottesman, M. (Ed.) (1991). *Residential child care: an international handbook*. London: Whiting & Birch/SCA.
- Hill, M. (2000). Inclusion in residential child care. In M. Chakrabarti and M. Hill, (Eds.). *Residential Child Care: international perspectives on links with families*. London: Jessica Kingsley.
- Jack, R. (Ed.) (1999). *Residential versus community care: the role of institutions in welfare provision*. Basingstoke: Macmillan.
- Kendrick, A. (1995). *Residential Care in the Integration of Child Care Services*. Edinburgh: The Scottish Office Central Research Unit.
- Kendrick, A. (2005). *Social exclusion and social inclusion: themes and issues in residential child care*. In D. Crimmens and I. Milligan (Eds.) *Facing forward: residential child care in the 21st century*. Lyme Regis: Russell House Publishing.
- Kilbrandon (1964). *The Kilbrandon Report*. Edinburgh: The Stationery Office. www.scotland.gov.uk/Resource/Doc/47049/0023863.pdf, last accessed on 18 December 2008 at 9.45.
- Milligan, I. and Stevens, I. (2006). *Residential Child Care: Collaborative practice*. London: Sage.
- Milligan, I., Hunter, L. and Kendrick, A. (2006). *Current trends in the use of residential child care in Scotland*. Glasgow: SIRCC.
- NCH Scotland (2004). *Where's Kilbrandon Now?: the inquiry into the future of the Scottish Children's Hearings system*. Glasgow: NCH Scotland.
- Petch, A. (1988). *Answering Back: Parental Perspectives on the Children's Hearing System*. *British Journal of Social Work*, 18(1): 1-24.
- Pilkington, K. (2005). *From rescue to partnership*. University of Strathclyde, PhD thesis (Forthcoming).
- Registrar General for Scotland (2007). *Scotland's Population 2007: The Registrar General's Annual Review of Demographic Trends: 153rd Edition*. www.gro-scotland.gov.uk/files1/stats/scotlands-population-2007-the-register-generals-annual-review-153rd-edition/j994404.htm#1, last accessed on 17 December 2008 at 10:30.
- Ryburn, M (1994). *Research in relation to contact and permanent placement*. In M. Ryburn (Ed.) *Open adoption: Research, theory and practice*. Aldershot: Avebury.
- Scottish Commission for the Regulation of Care (2004). *A review of the quality of care homes in Scotland in 2004*. Dundee: SCRC.
- Scottish Commissioner for Children and Young People (2008). *Sweet sixteen? The age of leaving care in Scotland*. Edinburgh: SCYPP. www.sccyp.org.uk/admin/04policy/files/spo_252134Leaving%20Care%20Summary%20for%20Web%20200803.pdf, last accessed on 27 December 2008 at 14.30.

- Scottish Executive (2004) Looking After Children In Scotland: Good Parenting, Good Outcomes – Report on File Audit of Local Authorities' use of Looking After Children Materials, Edinburgh: Scottish Executive/Social Work Services Inspectorate.
- Scottish Executive (2005a). National Care Standards: Care homes for children and young people. Edinburgh: The Stationery Office.
- Scottish Executive (2005b). National Care Standards: Foster care and family placement services. Edinburgh: The Stationery Office.
- Scottish Government (2007a). Scotland's Children's Panels; Annual Report 2006-2007. Edinburgh: The Stationery Office.
- Scottish Government (2007b). Looked after children and young people; we can and must do better. Edinburgh: The Stationery Office. www.scotland.gov.uk/Publications/2007/01/15084446/0 last accessed on 20 December 2008 at 15.30.
- Scottish Government (2008a). Statistics Publication Notice: Children Looked After Statistics 2007-08, www.scotland.gov.uk/Publications/2008/11/25103230/46, last accessed on 17 December 2008 at 10.55.
- Scottish Government (2008b) Getting it right for every child. Edinburgh: The Stationery Office. www.scotland.gov.uk/Publications/2008/09/22091734/0 last accessed on 20 December 2008 at 15.00.
- Scottish Office (1997). Scotland's Children: The Children (Scotland) Act 1995 Regulations and Guidance Volume 2 Children Looked After by Local Authorities. Edinburgh: Social Work Services Group.
- Scottish Office (1999). Devolution: Scottish Parliament and the Scottish Executive. www.scotlandoffice.gov.uk/devolution/parliament-and-executive.html, last accessed on 17 December 2008 at 10.45.
- Skinner, A. (1992). Another kind of home: Review of residential child care in Scotland. Edinburgh: The Stationery Office.
- The Fostering Network (2004). Caring for our Children. Glasgow: The Fostering Network.
- The Fostering Network (2008). Foster care allowances and fee payments in Scotland. The Fostering Network Survey of Allowances and Fee Payment Schemes 2007-2008. Glasgow: The Fostering Network.
- Triseliotis, J., Borland, M. & Hill, M. (2000). Delivering Foster Care. London: BAAF.
- Villiotti, D. (1995). Embracing the chaos: moving from child-centred to family centred, Residential Treatment for Children and Youth, 13(2): 41–5.
- Waterhouse, L. and McGhee, J. (2002). Children's hearings in Scotland; Compulsion and disadvantage. Journal of social welfare and family law, 24(30): 279-296.
- Wheelaghan, S., Hill, M., Borland, M., Lambert, L. and Triseliotis, J. (1999). Social Work Research Findings No.30. Looking after children in Scotland. Glasgow: Centre for the Child & Society, University of Glasgow.

9 Useful websites

www.sircc.org.uk

This is the website of the Scottish Institute for Residential Child Care (SIRCC). SIRCC is funded by the Scottish Government and provides training, education and consultancy to the residential child care sector in Scotland.

www.childrens-hearings.co.uk

This website contains information about the Children's Hearing System in Scotland. It has links to policy documents, annual reports and research.

www.scotland.gov.uk

This is the website of the Scottish Government. It contains copies of all Scottish legislation and policy documents, as well as information about the structure and functions of the Scottish Government.

www.fostering.net/scotland

This is the website of the Fostering Network. The Fostering Network is the UK's leading charity for everyone involved in fostering. They work to improve knowledge about foster care and lead campaigns to ensure that foster care is an excellent service. Some examples include campaigns to improve the training and the fees paid to foster carers.

Mike Seckinger, Liane Pluto, Christian Peucker

D Resümee und Anregungen für die deutsche Praxis

Ziel der Recherche und der Expertise aus Schottland ist es, Anregungen für die Weiterentwicklung und Anlässe für die Reflexion der Praxis in Deutschland zu geben. Der Blick über die Grenze nach Irland, Schottland, England und Schweden zeigt, dass sich sowohl die Fachdebatte als auch die Praxis der Zusammenarbeit mit Eltern in Deutschland nicht zu verstecken braucht.

In allen vier recherchierten Ländern gibt es eine gewisse rechtliche Absicherung von Zusammenarbeit mit Eltern. Im Wesentlichen ist diese begründet in dem Recht der Kinder, den Kontakt zu ihren leiblichen Eltern aufrechtzuerhalten (vgl. UN-KRK). Zudem ist überall ein Wandel hin zu einer stärkeren Berücksichtigung der Zusammenarbeit mit Eltern festzustellen. Diese findet jedoch auf verschiedene Art und Weise und auf unterschiedliche Schwerpunkte fokussiert statt, wie die folgenden Thesen verdeutlichen:

- 1) Der große Unterschied in der Artikulation und dem Umgang mit Zusammenarbeit mit Eltern ergibt sich daraus, dass für die Diskussion in Deutschland das Spannungsfeld zwischen dem eigentlichen Adressaten der Hilfen zur Erziehung, also den Eltern, und der tatsächliche Ausrichtung der Hilfen am Kind ein wichtiger Impulsgeber für Zusammenarbeit mit Eltern ist. Diese Spannung gibt es in den vier anderen Ländern so nicht, denn dort sind die Eltern nicht Adressat der stationären Hilfen. Dort rücken Eltern nur deshalb in den Fokus, weil jedes Kind ein Recht auf seine Eltern hat, weil es für die Nachhaltigkeit der Hilfe für das Kind notwendig erscheint (es ist quasi ein Baustein im Hilfeanspruch des Kindes!) und weil die Hoffnung besteht, so Kosten zu reduzieren. Auch die niedrigere Schwelle für Adoptionen und Langzeitpflege kann dazu beitragen, den Impuls, sich intensiver mit den Eltern auseinanderzusetzen, erheblich zu bremsen.
- 2) Die Bereiche, die bei Zusammenarbeit mit Eltern stark gemacht werden, haben in den vier Ländern unserer Recherche weniger ihren Ursprung in fachlichen Überlegungen zu stationären Hilfen, als vielmehr in den allgemeinen Bürgerrechten (Transparenz, Beschwerderecht, Kontrolle staatlicher Entscheidungen). Dementsprechend werden insbesondere die Themen Beschwerdemöglichkeiten und die Transparenz von Entscheidungen hervorgehoben.
- 3) Eine prinzipiell skeptische Einstellung gegenüber Heimerziehung, wie sie für die Entwicklung in England zumindest lange prägend war, führt auch zu einer geringeren Beschäftigung mit dem Thema Zu-

sammenarbeit mit Eltern in diesem Kontext. Die Zurückhaltung gegenüber der Zusammenarbeit mit Eltern resultiert aus dem Ziel, Heimerziehung insgesamt überflüssig zu machen und nicht Heimerziehung zu verbessern.

Aus den Recherchen und der ausführlicheren Darstellung der Situation in Schottland ergibt sich die Frage, ob geeignete Ansätze in den betrachteten Ländern Anregungen für die deutsche Praxis liefern können.

- **Gesetzliche Grundlagen**

Die Genauigkeit, mit der gesetzliche Regelungen zu Rechten der Eltern und der Fachkräfte in Irland niedergeschrieben sind, schreibt der Zusammenarbeit mit Eltern eine wichtige Stellung während der Heimunterbringung von Kindern und Jugendlichen zu. Diese im Vergleich zu Deutschland sehr viel konkretere Formulierung der Elternrechte im Kontext stationärer Hilfen bildet eine wichtige Grundlage, um die zuständigen Behörden und Einrichtungen zu einer fachlich angemessenen Zusammenarbeit mit Eltern zu bewegen.

- **Information und Aufklärung der Betroffenen**

Ein ebenso wesentlicher Ansatzpunkt ist Information und Aufklärung von Eltern und Kindern, wie sie in Schottland praktiziert wird. Das breite und oftmals einheitliche Angebot von Informationsmaterialien ermöglicht es Eltern und Kindern landesweit, sich umfassend über Regelungen, Vorgaben und Arbeitsweisen in stationären Hilfen zu informieren. Eine umfassende Bereitstellung zielgruppenspezifischer Informationsmaterialien stellt einen wichtigen Schritt für eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit Eltern dar. Dies ist unabhängig davon, ob es direkt durch die stationären Einrichtungen, wie z. B. in Schweden, oder von dritter Seite, wie z. B. in Schottland erfolgt. Diese Darstellungen leisten einen wichtigen Beitrag dazu, das Wissen von Eltern über Verfahrensweisen im Heimalltag zu erweitern. Sowohl durch eine Bereitstellung von Informationsmaterialien als auch durch eine aktive Aufklärungsarbeit können Eltern größere Sicherheit im Umgang mit der Fremdunterbringung ihres Kindes gewinnen. Dies könnte auch zu einer Verbesserung der Partizipation der Eltern sowie einer stärkeren Kooperation zwischen Fachkräften und Eltern beitragen.

- **Aufrechterhaltung und Wiederherstellung des Kontakts zur Herkunftsfamilie**

Die Aufrechterhaltung und Wiederherstellung des Kontakts sowie einer guten Beziehung zwischen Heranwachsenden und ihrer Familie sollten wichtige Ziele der Einrichtungen während des Heimaufenthalts sein. Zu diesem Zweck müssen insbesondere regelmäßige Besuche der Eltern geför-

dert werden. Dies bedarf oftmals der Unterstützung der Eltern durch die Einrichtung, da sowohl die wirtschaftliche Lage der Familien als auch große Entfernungen zwischen dem Wohnort der Eltern und dem Standort der Einrichtung den Kontakt erschweren können. Diese Umstände werden in Schottland durch die Bereitstellung von Fahrdiensten und Übernachtungsmöglichkeiten innerhalb der Einrichtungen aufgefangen. Der Aufbau derartiger Angebote zur Unterstützung der Familien sollte auch in Deutschland gefördert werden. Während in Schweden das Angebot von Elternwochenenden sowie Familienwochen noch hervorgehoben wird, gelten solche Programme in Deutschland bereits als Standard stationärer Einrichtungen.

- **Stärkung elterlicher Erziehungskompetenzen**

Um Eltern auch in ihrer Elternrolle zu unterstützen, bieten schwedische Einrichtungen im Rahmen von MultifunC spezielle Trainings an, in denen Kommunikationsstrategien und Erziehungsmethoden unter Anleitung von Fachkräften eingeübt werden. Dieses Angebot ist die praktische Konsequenz aus dem Ziel, eine möglichst schnelle Rückführung des Kindes in seine Familie auf Dauer zu gewährleisten. Da auch die deutschen Hilfen zur Erziehung der gleichen Absicht folgen, sollte die Stärkung der Eltern für ihre zukünftige Aufgabe als „Vollzeit-Eltern“ ein größeres Gewicht in der Zusammenarbeit mit Eltern erhalten, als es bisher der Fall ist. In diesem Sinne sollten auch Väter- bzw. Müttergruppen vermehrt angeboten werden, um den Eltern einen Austausch untereinander zu ermöglichen und so das Selbstvertrauen in ihre Erziehungskompetenz zu fördern.

- **Zusammenarbeit mit Eltern als Kooperationsleistung aller beteiligten Dienste und Einrichtungen**

Eine qualifizierte Zusammenarbeit mit Eltern erfordert Zeit und bindet Ressourcen. Da auch in der Bundesrepublik viele Dienste und Einrichtungen Fachkräftemangel beklagen, scheint die Einbindung von Fachkräften externer Dienste in die Zusammenarbeit mit Eltern eine mögliche Strategie zu sein, trotzdem ausreichende Kapazitäten für eine Zusammenarbeit mit den Eltern zu haben. Gerade Beratungsstellen außerhalb der stationären Hilfen, die wie in England Aufklärungsarbeit zum Beispiel in der Zusammenarbeit mit Behörden leisten, könnten die Einrichtungen in einigen Bereichen entlasten. Denkbar wäre beispielsweise eine Stärkung der Eltern im Rahmen der Hilfe- und Erziehungsplanungen. Auch die Unterstützung der Eltern bei ihrer Alltagsbewältigung unabhängig von ihrem Kind könnte einen wichtigen Beitrag zur Deeskalierung familialer Konflikte leisten und damit auch die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe erleichtern.

- **Austausch von Fachpraxis und Fachwissenschaft etablieren**

Der Blick in die Praxis europäischer Nachbarländer kann zur Verbesserung der Arbeit im eigenen Land beitragen und sollte Anlass geben, den internationalen Austausch in diesem Bereich gezielter als bisher zu fördern. Bereits vom 11. bis 13. Juni 2008 fand auf dem Jahreskongress der International Federation of Educative Communities (FICE) in Helsinki¹⁴ ein Workshop zum Thema „Zusammenarbeit mit Eltern in der Jugendhilfe und im Jugendstrafvollzug – Erfahrungen und Projekte in verschiedenen Ländern Europas“ statt. Weitere Schritte in diese Richtung sind wünschenswert. Gleichzeitig sollte sich diesem Thema auch vermehrt von Seiten der Forschung zugewandt werden, um der Politik wie der Fachpraxis förderliche Ansätze zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit Eltern in stationären Hilfen in Deutschland aufzeigen zu können. Eine positive Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit Eltern setzt daher auch voraus, dass ein intensiver Austausch zwischen der Praxis in den Einrichtungen und den Fachdebatten gepflegt wird. Dieser Transfer ist sowohl in den untersuchten Ländern als auch in Deutschland deutlich ausbaufähig.

- **Fehlende kritische Auseinandersetzung mit dem Thema intensivierter Zusammenarbeit mit Eltern**

Auffällig ist, dass in den Diskussionen über eine Intensivierung und Verbesserung der Zusammenarbeit mit Eltern, kaum die Grenzen und Nebenfolgen dieser Anforderung in den Blick genommen werden. Für die Diskussion in Deutschland hat Winkler (2007) die Beschränkungen und möglichen Überforderungen, die in diesem Anspruch liegen, formuliert. Ohne eine offene Diskussion dieser Aspekte wird eine fachlich qualifizierte und reflektierte Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit Eltern im Feld der stationären erzieherischen Hilfen nicht gelingen.

Literatur

Winkler, Michael (2007): Familienarbeit in der Heimerziehung – Überlegungen zu einer Theorie in kritischer Absicht. Da werden Sie geholt! In: Homfeldt, H. G./Schulze-Krüdener, J. (2007): Elternarbeit in der Heimerziehung. München, S. 196-233

¹⁴ www.congreszon.fi/fice2008

E Autorinnen und Autoren

Christian Peucker

Projekt „Jugendhilfe und sozialer Wandel“

Deutsches Jugendinstitut, München

peucker@dji.de

Dr. Liane Pluto

Projekt „Jugendhilfe und sozialer Wandel“

Deutsches Jugendinstitut, München

pluto@dji.de

Dr. Mike Seckinger

Projekt „Jugendhilfe und sozialer Wandel“

Deutsches Jugendinstitut, München

seckinger@dji.de

Bettina Schwarzer

Promotionsstudentin

Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Dr. Irene Stevens

Research and Publications Manager

Scottish Institute for Residential Child Care, Glasgow

irene.c.stevens@strath.ac.uk

Deutsches Jugendinstitut
Nockherstr.2
81541 München
Telefon +49(0)89 62306-0
Fax +49(0)89 62306-162
www.dji.de